Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 79 — 2. Jahrgang | Saarbrücken, Freitag, den 6. April 1934 | Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Die Times zur Sanktionsfrage — Seite 2

„Tscheljuskin"-Tragödie — Seite 8

Herrgott und Eisernes Kreuz — Seite 3

Katastrophensignale der Reichsbank — Seite 4

Oesterreichs Verfassung — Seite 7

Mobilmachung der deutschen Bischöfe

Die österlichen Hirtenbriefe an die braunen Antichristen

Jetzt erst wird bekannt, daß alle österlichen Hirtenbriefe der deutschen Bischöfe eine Kampfansage an die in Deutschland herrschenden nationalsozialistischen Ideen waren. Der kirchliche Kurialstil hat sehr viel Farben auf seiner Palette. Wer die Mahnunge nund Warnungen der Bischöfe mit Genauigkeit liest, der kommt zu der Auffassung, daß **hier ein von Rom gebilligter Generalfeldzugsplan der deutschen Bischöfe gegen die antikatholische Propaganda des „dritten Reiches" durchgeführt wird.** Die Einheitlichkeit des Vorgehens der deutschen Bischöfe läßt den Schluß zu, daß sie den Kampf und den Konflikt für unvermeidlich halten.

Aufsehen muß es erregen, daß derjenige unter den deutschen Bischöfen, der bisher als Wegbahner des Nationalsozialismus im Katholizismus galt und zu allererst seinen Frieden mit ihm geschlossen hat, eine besonders scharfe österliche Predigt hielt. Es ist der Erzbischof von Freiburg, Dr. Gröber. Man liest da:

„Mit Schmerzen stelle ich fest, daß in unserem Vaterlande Männer behaupten, daß die Zukunft des deutschen Volkes nur unter der Bedingung möglich ist, daß dieses aus seiner bisherigen Grundlage, nämlich dem Christentum, herausgerissen werde. Sie wollen das heutige deutsche Volk an das alte germanische Volk fesseln, und zwar nicht nur durch die Rasse und das Blut, sondern auch durch den Glauben. Aus Liebe zu unserem Volk, seid und bleibt treue Katholiken! Die großen Männer unseres Volkes wollten keinen Kulturkampf; denen aber, welche mit einem solchen Gedanken spielen, sage ich: Ihr werdet uns gewappnet finden, wenn Ihr den Glauben aus unserem Herzen reißen wollt."

„Den Märtyrern gleich"

Noch viel deutlicher ist der Bischof von Münster. Sein österlicher Hirtenbrief, der von allen Kanzeln seiner großen Diözese verlesen wurde, steht an dokumentarischer Beweiskraft dicht neben den Kundgebungen des Kardinals Faulhaber Gegenstand seiner Anklagen ist das neue Heidentum. Aber nicht nur dies. Er wendet sich gegen diejenigen, die das moralische Gesetz im Menschen zerstörten. Er meint darunter jene Auffassung, die nur das als Sittlichkeit erkläre, was die Rasse fordere. Hier werde die Rasse über die Sittlichkeit gestellt, das Blut über das Gesetz.

Das sei eine Irrlehre.

Unter Berufung auf päpstliche Kundgebungen sagt der Bischof weiter, daß solche Auffassung die brutale Gewalt fördere, die jedes Recht mit Füßen trete. Man dürfe sich nicht täuschen lassen, wenn **sich dieses neue Heidentum manchmal sogar unter christlichem Namen verberge** und auf solche Weise sogar mehr die Religion gefährde.

„Dieser Angriff gegen das Christentum, wie wir ihn in der heutigen Zeit an unserem Volke erleben, übertrifft an vernichtender Gewalt in unserem Volke all das, was wir von früheren Zeiten her wissen. Dabei wird es mit der verführerischen Absicht verbunden, es solle dazu dienen, dem religiös gespaltenen deutschen Volke endlich einen gemeinsamen Glauben zu geben. Mit Befremden muß man auch feststellen, daß eine Reihe von Gedanken und Vorstellungen, die von der bolschewistischen Gottlosenbewegung in den Menschen geweckt wurden, jetzt unter nationalem Vorzeichen wieder auftauchen."

Man sieht, daß der Bischof von Münster dicht daran ist, den religiösen Mantel fallen zu lassen und ganz offen kämpferisch-politisch zu werden. Seine Polemik gegen die Vergottung der nordischen Rasse, wo man das Christentum als Sklavenreligion und seine erhabene Sittenlehre als eine Sklavenmoral bezeichne, ist nicht minder kraftvoll und entschieden. Ganz deutlich wird auf Rosenberg angespielt: „Mit der ihnen eigenen dunklen Sprache reden Sie von einem neuen Mythos und der Notwendigkeit einer neuen Religion. Es handelt sich also um eine grundsätzliche und traditionelle Ablehnung aller Geheimnisse des Christentums, um auf dem Boden von Blut und Rasse eine neue Religion mit nationalen Sinnbildern und Vorbildern zu schaffen."

Der Bischof von Münster ist taktisch klug genug, um zu sagen, daß solche Lehren eine offene Ablehnung gegen den Willen der Reichsregierung darstellten. Ihr Führer, so sagt der Bischof, habe in feierlicher Stunde erklärt, daß die Lehren des Christentums die Grundlage für den Neubau des Deutschen Reiches sein sollen. Da aber der Führer, wie auch der Bischof weiß, Allmacht in allen politischen und weltanschaulichen Fragen besitzt, so ist dieser Vorbehalt des Bischofs von Münster nichts anderes als eine **Herausforderung, die unmittelbar an Hitlers Adresse gerichtet ist.**

„Eine Täuschung der Hölle ist im Gange, die auch die Guten irreführen könnte. Mit heiliger Freude wollen wir, wenn Gott es zuläßt, den Märtyrern gleich Nachstellungen und Verfolgungen tragen." Zu dieser kühnen Sprache erhebt sich diese österliche Botschaft am Schlusse. Sind die deutschen Bischöfe wirklich auf alles gefaßt? Sind sie bereit, die Märtyrerkrone um des Glaubens willen im Kampfe gegen die Antichristen zu tragen? Es scheint, daß bereits die nächsten Wochen darüber Klarheit schaffen werden.

Der evangelische Kirchenkrach

Aufgelöst!

Essen, 4. April. Das evangelische Bistum Münster hat die Presbyterien der Reynoldi-Gemeinde und der Petri-Nicolai-Gemeinde in Dortmund aufgelöst, weil diese sich geweigert haben, die vom evangelischen Bistum Münster erlassene Verfügung über die Neubildung der gesetzlichen westfälischen Provinzialsynode anzunehmen. In der offiziellen Verlautbarung des evangelischen Bistums Münster, die, wie ausdrücklich erklärt wird, mit Genehmigung der Geheimen Staatspolizei veröffentlicht werde, heißt es weiterhin, daß die beiden Presbyterien sich „einem Verein verpflichtet haben, der sich zwar noch als sogenannte Bekenntnissynode bezeichnet, tatsächlich aber außerhalb der Gesetze und Ordnungen der Deutschen Evangelischen Kirche steht".

Der Pfarrer aus Köpenick

Ein Vorstoß des Reichsbischofs gegen die aufsässige Kirchengemeinde Dahlem

Berlin, 4. April. In dem Kampf um die protestantische Kirche ist wieder eine neue Wendung zu verzeichnen. Der Reichsbischof Müller hat den Pfarrer Scharfenberg von Köpenick als „Sonderkommissar" der Kirchengemeinde Berlin-Dahlem eingesetzt. In Dahlem predigt bisher nach wie vor der Führer des formell aufgelösten oppositionellen Pfarrernotbundes Dr. Niemöller, obwohl er bereits im Januar vom Reichsbischof abgesetzt worden ist. Seine Gemeinde besteht indes darauf, daß es ihre Sache sei, wen sie als Pfarrer haben wolle; sie bestreitet der Kirchenregierung das Recht, Pfarrer Niemöller selbstherrlich abzusetzen. Der Reichsbischof Müller hat die Gemeinde vergeblich in einem Briefe ersucht, Dr. Niemöller zu entfernen. In Dahlem wird jetzt darüber beraten, wie man sich gegenübr einem eventuellen Versuch, Dr. Niemöller mit Gewalt zu entfernen, verhalten solle. Auf jeden Fall wird der Schritt des Reichsbischofs als unvereinbar mit dem Geist der Versöhnlichkeit betrachtet, von de mer noch kürzlich in seiner Karfreitags-Botschaft sprach.

Kirchendiktatur über Berlin

Die evangelischen Kirchengemeinden unter Zwang

dnb. **Berlin,** ". April. Das geistliche Ministerium der deutschen evangelischen Kirche hat ein Gesetz über die Bildung eines „Verbandes der evangelischen Kirchengemeinden im Bistum Berlin" beschlossen. Die Leitung des Verbandes, die eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes ist, übernimmt der Bischof von Berlin, dem sechs vom Reichsbischof ernannte Mitglieder, darunter vier weltliche, zur Seite stehen.

Das neue Kirchengesetz, das am 1. April in Kraft getreten ist, beschließt, wie von kirchenamtlicher Seite erklärt wird, ein Kapitel der Berliner Kirchengeschichte. Jahrzehntelange Bemühungen, eine einheitliche kirchliche Führung für die Reichshauptstadt zu schaffen, scheiterten an dem unfruchtbaren parlamentarischen System, das das Leben in den Kirchengemeinden hemmte. Bisher versuchte jede Kirchengemeinde in den Außenbezirken auf eigene Weise ihre Aufgaben zu lösen. Die finanzielle Lage der Gemeinden der Innenstadt wurde durch die zunehmende Abwanderung der Bevölkerung in die Vororte immer schwieriger. Der Verband hat die große Aufgabe, mit vereinten Kräften die kirchlichen Notstände im Gebiet Großberlins in Angriff zu nehmen.

Severings Dementi

Ein deutliches Nein!

Die „Westfälischen Neuesten Nachrichten" in Bielefeld haben sich telefonisch bei Karl Severing erkundigt, ob es richtig sei, daß er eine Broschüre geschrieben habe „Mein Weg zu Hitler". Severing hat dem Blatt eine Erklärung übergeben, die sich inhaltlich mit dem schon gestern von uns veröffentlichten Dementi deckt, das uns über Kopenhagen zugegangen war

Gestern und heute

Es ist schon eine Reihe von Wochen her, als sich in Berlin ein staatspolitischer Akt vollzog, der durch die beteiligten Persönlichkeiten und die Kräfte, die hinter ihnen standen, Bedeutung gewann. Auf Grund der Bestimmungen des Konkordats nahm der preußische Ministerpräsident Göring dem neuen Bischof der katholischen Diözese Berlin, Dr. Bares, die Treueverpflichtung ab. Man hat damals diesen Vorgang nicht sehr beachtet. Aber ein Bild bleibt in Erinnerung: Göring sah den Bischof bitterböse an! Dr. Bares stand im Rufe, nichts weniger als ein Freund des „dritten Reiches" zu sein.

Am Karfreitag hat Bischof Dr. Bares seinem guten Ruf alle Ehre gemacht. In der Hedwigkathedrale, jener schönen Kirche am Berliner Schloßviertel mit unvergeßbar schönen und feierlichen Linien, hat er seine erste große Predigt vor den Katholiken Berlins gehalten. Rings um die Kirche standen, wie die gleichgeschaltete Presse bemerkt, zwanzigtausend Hörer. Sie und die andern, die in allen katholischen Kirchen der Reichshauptstadt die Rede des Bischofs aus dem Lautsprecher vernahmen, waren Zeugen einer kämpferischen Christenpredigt.

Sie liegt jetzt im Wortlaut vor. Man findet sie in der „Germania". Es liegt eine gewisse Ironie darin, daß die Zeitung des Herrn von Papen eine Predigt abdrucken muß, die in allen entscheidenden Stellen die Politik dieses Blattes widerlegt:

Ein Streben (nämlich Christus zu folgen), das falsch betrieben, blasphemisch betrieben, die Menschheit in alle Irrtümer gebracht hat, von der Erbsünde angefangen, hindurch durch die Irrtümer des Polytheismus bis zum Irrtum des Pantheismus, bis hin zu den Irrtümern unserer Tage, in denen sich der Mensch selbst zum Gott macht ....

„Literatur, dickleibige und dünne Bücher, aber alles solche, die von der Sünde erdacht, von der Sünde verfaßt, von der Sünde verlegt und von der Sünde verantwortet, von der Sünde gekauft, von der Sünde verkauft werden, und eine Stadt, ein ganzes Volk in Fäulnis zu setzen drohen. Ist das nicht ein Sakrament Satans?"

„. . . . und Andächtige, zwischen Christus, der etwas ganz Positives ist und dem andern, der auch ein Positives ist, gibt es kein Mittelding. Und was ist der andere? Das ist nichts anderes und kann nichts anderes sein als der Antichrist, der Satan."

„Man mag menschliche Institutionen zerbrechen, mit der Kirche Christi wird man nie fertig. Glaubt man, sie zu Boden gerungen zu haben, im nächsten Augenblick steht sie da, lebendig und ruhig, stolz und stark, und diejenigen, die die Grube gegraben, die fallen selbst hinein, und die Kirche wird ihnen noch das Requiem singen."

Also Bischof Bares. Die Zehntausenden von Katholiken, die ihm lauschten, haben ihn verstanden. Jedes Wort war gemünzt auf ihr tägliches Erlebnis und die Realitäten, die sie umgaben. Bei jedem Satze wußten die Wissenden, daß mit dem Menschen, der sich selbst zum Gott gemacht habe, der „Führer" aus Braunau gemeint war. Sie hatten die Wahl, den Antichristen ringsher in nächster Nähe zu suchen: in der Gestalt von Rosenberg, Göbbels oder Göring.

Aber der Mut, der aus diesen Sätzen sprach, es war ein Mut, der allein von den Interessen der Kirche an ihren Gläubigen bestimmt war. Bischof Bares zitierte den alttestamentarischen Propheten Habakuk: „Was sind das doch für Wundmale, die da eingezeichnet sind in die Mitte deiner Hände?" Sah er nie die Wundmale bei seinen Zeitgenossen? Hat keiner im Bereich des Katholizismus den höheren Mut zur Anklage gegen die Schänder atmenden Menschenwesens, gegen die Peitscher und Heuchler, die das Recht vergiftet und auf unzähligen Leibern den Thron des „dritten Reiches" errichtet haben?

Solange kein Kirchenfürst davon auch nur andeutend spricht — solange stehen er und seine Kirche im Zwielicht. Für dieses Schweigen werden sie sich einmal mit zu verantworten haben. Denn wenn auch der Papst in Rom residiert, mit höchster Befehlsgewalt über Seelen, so wird dennoch keine übernatürliche Wahrheit lebendig bleiben, die zur Wahrheit des Tages und der Geschichte in Widerspruch steht.

Argus.

England zur Sanktionsfrage

Das Ringen zwischen Frankreich und England

DNB. **Paris**, 5. April. Die Außenpolitikerin des „Oeuvre", Genevieve Tabouis, stellte am Donnerstag in einer Betrachtung der internationalen Lage fest, daß sich in den letzten 10 Tagen das Bild vollkommen verschoben habe. Dieser Umstand sei in erster Linie darauf zurückzuführen, daß England endlich verstanden habe, welche Gefahr die deutschen Rüstungen auch für das englische Inselreich bedeuteten. Nach der Reise Barthous nach Brüssel und dem letzten englisch-französischen Notenwechsel werde man jetzt an die Aufstellung eines der Grundpfeiler des künftigen Abkommens gehen, nämlich die Durchführungsgarantien bzw. die Sanktionen. Genevieve Tabouis, die gewöhnlich gut unterrichtet ist, behauptet in diesem Zusammenhang, daß man an zuständiger französischer Stelle nicht daran glaube, England werde sich zu militärischen Sanktionen bereit erklären. Man halte es aber auch für nebensächlich, weil ja der Locarno-Vertrag seine volle Gültigkeit behalte und sofort in Anwendung trete, sobald eine der unterzeichnenden Mächte sich einer schweren Verletzung schuldig machen sollte.

Der sozialistische „Populaire" warnt davor, die Aussprache über die Durchführungsgarantien als eine Art Blockhaus zu benutzen, hinter das man sich verschanzen könne, um jeden aufrichtigen Abrüstungsversuch zu sabotieren. Eine derartige Politik, die unter der Bezeichnung „Liquidation des Briandismus" laufe, sei ein bedauerliches Abenteuer; denn England und die englischen Dominien würden sich niemals dazu hingeben, die französische Außenpolitik militärisch zu garantieren. Bei den kommenden Besprechungen dürfe deshalb weder die Rede von Bündnissen zu Zweien sein, wie es die französische Presse fordere, noch zu Vieren, wie man es in Italien wünsche. Unter dem Vorwand, die Abrüstung durch militärische Bündnisse zu ermöglichen, würden diese Bündnisse schließlich nur auf einen Rüstungswettlauf hinauslaufen.

Die radikalsozialistische „Republique" schreibt über die Pläne Deutschlands auf dem Gebiete des Flottenbaues. Diese Pläne, die England stark beunruhigten, bestanden in dem Bau von Riesenpanzerkreuzern, die praktisch nicht sinken könnten und die einen so großen Aktionsradius hätten, daß sie die Reise um die Welt ohne Zwischenlandung durchführen könnten. Man spreche ferner von wahren U-Boot-Kreuzern, und wenn man sich auch vor falschen Gerüchten hüten müsse, so müsse man doch zugeben, daß Deutschland mit seinen 10 000-Tonnen-Panzerkreuzern schon allerhand bewiesen habe. Heute stehe die große deutsche Flotte zwar noch auf dem Papier, es sei aber klar, daß England an dem Tage, an dem Deutschland mit dem Bau beginne, nur noch die Wahl zwischen einem Präventivkrieg und dem Rüstungswettlauf hätte. Bei letzterem sei es nicht einmal sicher, die Oberhand zu behalten, denn die deutsche Technik sei erstklassig und das Kriegspotential stehe dem Englands nicht nach. Deutschland habe außerdem den Vorteil, in der Hand eines Mannes zu sein, und von einer wahren Mystik der Rasse und einem außerordentlich starken Imperialismus beseelt zu sein.

Ein „Times"-Artikel

Die „Times" schreibt u. a.: Die Besprechungen, die bei dem Weggang Deutschlands von Genf begonnen haben, waren tatsächlich beträchtlich über das Stadium der letzten französischen Note hinausgegangen und hatten Einzelfragen erreicht, die Barthou unbeachtet gelassen hatte. Das Ergebnis war, daß der Meinungsaustausch zwischen der britischen und der französischen Regierung wieder in erheblichem Maße einer Form allgemeiner Sicherheit galt, die England für unzweckmäßig und unannehmbar hielt.

Großbritanien hat nicht die Aufgabe und Absicht, sich selbst verantwortlich für die Aufrechterhaltung aller europäischen Grenzen zu machen, von denen einige, wie die öffentliche Meinung zu glauben geneigt ist, nicht in jeder Hinsicht gut gezogen sind.

Aber die Ansicht gewinnt fraglos an Boden, daß ein Unterschied gemacht werden kann und gemacht werden soll zwischen der Gewährung einer Garantie für die Aufrechterhaltung der Zustände, die die Friedensverträge geschaffen haben, und der Gewährung einer Garantie für die Aufrechterhaltung eines neuen internationalen Systems, das sich auf ein Rüstungsabkommen gründet.

In Frankreich ist behauptet worden, daß zwischen diesen beiden Punkten kein großer Unterschied besteht. Aber ein solcher Beweisgrund ermangelt der Logik.

Eine allgemeine Sicherheitsgarantie muß auf die Ueberschreitung einer Grenze oder auf irgendeine andere offene Angriffshandlung sich beziehen. In diesem Falle müßte beinahe unvermeidlicherweise eine schwierige Erörterung darüber folgen, ob die Handlungsweise des angeblichen Angreifers berechtigt war oder nicht. Bei der **Garantie eines Rüstungsabkommens** würden sich derartige Zweifel höchstwahrscheinlich nicht ergeben.

Nur wenn die internationale Kommission berichten würde, daß ein bestimmter Staat den ihm gewährten Rüstungsstand überschritten hat, würden Sanktionen in Frage kommen. Ueberdies würden im erwähnten Fall Feindseligkeiten bereits abgebrochen sein, bevor ein gemeinsames Vorgehen notwendig würde, während die Verletzung einer Rüstungsvereinbarung nicht das gleiche Verhängnis mit sich bringen würde. Dies allein ist schon ein ganz überzeugender Beweisgrund zugunsten einer garantierten Vereinbarung.

Ein anderes Argument, das in britischen Augen kaum alzuweniger wichtig gilt, wäre, daß eine solche Vereinbarung über den Rüstungsstand für ein neues und besseres System eintreten würde, während eine allgemeine Sicherheitsgarantie unvermeidlicherweise von den Bestimmungen der Friedensverträge untrennbar wäre. Alle vorgeschlagenen Auslegungen eines Angriffs gründen sich naturgemäß auf die jetzige Ordnung Europas, und tatsächlich ist die Forderung nach Sicherheit oft kaum zu unterscheiden von einer Forderung nach **unterschiedsloser Aufrechterhaltung des Status quo für alle Zeiten.**

Irgendeine weitere Verpflichtung, die England übernimmt, müsse im Anfang begrenzt sein und sich in der Anwendung auf bestimmte Gebiete beziehen. Die beste Art, schließlich ein die ganze Welt beherrschendes Sicherheitssystem aufzustellen, wäre die, einen Anfang dort zu machen, wo es offenbar am dringendsten notwendig ist, und dann allmählich die regionalen Vereinbarungen zu erweitern. Ein garantierter Pakt für die Begrenzung der Rüstungen in Westeuropa sollte das nächste Ziel sein.

England und Italien

Suvich in London

London, 5. April. Ueber den bevorstehenden dreitägigen Besuch des italienischen Unterstaatssekretärs des Aeußeren Suvich schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph", seine Anwesenheit dürfte zur Beschleunigung des Gedankenaustauschs und der etwaigen gemeinsamen Beschlüsse der britischen und der italienischen Regierung hinsichtlich der nächsten **französischen Note** beitragen. Diese werde wahrscheinlich nicht vor Montag überreicht werden. **Ein vollständiges Einvernehmen zwischen Großbritannien und Italien als gemeinsame Bürgen des Locarnovertrages sei niemals notwendiger gewesen als jetzt.** Zugleich werde wahrscheinlich die **österreichische Frage** in ihren politischen wie in ihren wirtschaftlichen Zusammenhängen zwischen Suvich und Simon ausführlich erörtert werden. Es dürfe erwartet werden, daß Mussolinis Sendbote um ein gewisses Maß britischer Unterstützung für den Plan der wirtschaftlichen Rettung Oesterreichs, Ungarns und der Donaustaaten im allgemeinen ersuchen werde. Großbritanniens Haltung gegenüber Mussolinis Absichten, den Handel im Mitteleuropa freier und umfangreicher zu machen, müsse wohlwollend sein. In politischer Beziehung aber werde Großbritannien Vorsicht zeigen und kein aktives Eingreifen ins Auge fassen.

Japan gegen Singapore

Ein Preßfeldzug

London, 5. April. Die japanische Presse eröffnet plötzlich einen Feldzug gegen die Verstärkung des englischen Flottenstützpunktes Singapore. Der Ausbau dieses für das britische Weltreich strategisch wichtigen Punktes ist schon seit längerer Zeit im Gange. Singapore ist für die Verbindung der östlichen und der westlichen Teile des britischen Weltreichs von höchster Bedeutung. England baut infolgedessen einen Kriegshafen von gewaltiger Stärke, der die größten Schlachtschiffe aufzunehmen vermag. Oeltanks und Nahrungsmittellager sollen in einem derartigen Umfang eingerichtet werden, daß sie den Bedarf auch der größten britischen Kriegsflotte decken können.

Die japanische Pressekampagne verlangt die Beseitigung der britischen Rüstungen in Singapore. Der Ausbau von Singapore wirke als gegen Japan gerichtet, da ja England durch Hongkong seine Interessen im Fernen Osten hinreichend gesichert habe.

Rückwärts in Spanien

Staatszuschüsse für die Geistlichen

Madrid, 5. April. Nach einer äußerst stürmischen Sitzung, bei der die Marxisten großen Widerstand leisteten, hat das spanische Parlament den Rechnungsvoranschlag hinsichtlich der Unterstützung der niederen Geistlichkeit genehmigt. Demnach erhalten alle Priester, die ein Einkommen unter 7000 Peseten jährlich haben, zwei Drittel ihres früheren Gehaltes als Unterstützungsgeld. Dieser Erfolg im Kampf gegen die Laiengesetzgebung der Republik ist ausschließlich auf das energische Vorgehen der katholischen Volksaktion und der Agrarier zurückzuführen.

*

Generalstreik in Saragossa

Madrid, 5. April. In Saragossa haben die Syndikalisten gemeinsam mit den Sozialdemokraten erneut einen 48-stündigen Generalstreik ausgerufen und das Leben der Stadt lahmgelegt. Der Regierungspräsident hat diesen Streik für ungesetzlich erklärt und die Polizei sowie Militär zur Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe eingesetzt. In Malaga wurden mehrere Anschläge verübt, wobei ein Polizist erschossen wurde. Ferner wird von dort ein großer Brand in einer Nitratfabrik gemeldet, der großen Sachschaden verursachte und bei dessen Löschung mehrere Feuerwehrleute leicht verletzt wurden.

Deutsche Spione?

Urteile in Diedenhofen

DNB. **Paris**, 5. April. Das Strafgericht in Diedenhofen verurteilte am Mittwoch einen Deutschen namens Drosde zu 14 Tagen Gefängnis wegen Mißachtung eines gegen ihn ergangenen Ausweisungsbefehls. Drosde ist jetzt nach Saarburg übergeführt worden, um sich vor dem dortigen Gericht wegen der gegen ihn erhobenen Spionagebeschuldigung zu verantworten.

Das Strafgericht in Diedenhofen verurteilte gleichzeitig einen Deutschen namens Flammang zu einem Jahr Gefängnis wegen angeblicher Spionage.

Judenpogrome im Reiche Streichers

Zu den blutigen Judenverfolgungen in dem mittelfränkischen Orte Gunzenhausen, über die wir schon berichteten, wird uns noch geschrieben:

„Es handelt sich um den Eisenhändler Rosenau und den Getreidehändler Rosenfelder, die aber nicht Selbstmord begingen, sondern bestialisch hingeschlachtet worden sind.

In ganz Mittelfranken wird zur Zeit eine Pogromhetze betrieben, wie sie selbst das „dritte Reich" noch nicht gesehen hat. In Gunzenhausen zum Beispiel sind 1600 Mann auf die Beine gebracht worden, um ganze 19 Juden einzufangen. In Ansbach, Neustadt, Windsheim und anderen Orten haben wiederholt in den letzten Wochen blutige Judenverfolgungen stattgefunden. Diese rohen Ausschreitungen gehen unmittelbar auf den Befehl des Gauleiters Streicher zurück, mit dem sich jüngst erst der deutsche Reichskanzler gemeinsam hat fotografieren lassen. Er hat z. B. die Arbeiterräte Nürnbergs zusammengerufen und ihnen im Laufe seiner Rede gesagt: „Wenn ihr in eurem Betriebe einen Juden auf der Treppe trefft, so schmeißt ihn hinunter, daß das Blut nur so rumspritzt. Zeugen brauchen nicht dabei zu sein."

Generalstreikdrohung französischer Beamten

Die Kämpfe um das Sparprogramm

Paris, 5. April. Ministerpräsident Doumergue hatte eine längere Besprechung mit Justizminister Cheron, Arbeitsminister Marquet und Postminister Mallarme. Man nimmt an, daß diese Besprechung gewissen Streikdrohungen galt, die von der Beamtenschaft, vor allem von den Postbeamten, für den Fall angekündigt werden, daß die Sparverordnungen der Regierung in nennenswerter Weise die Beamten treffe. Es scheint, daß sich der Ministerpräsident in der Beratung mit den unmittelbar an dieser Frage interessierten Ministern über die Maßnahmen aussprechen wollte, die ergriffen werden sollen, um einem Beamtenstreik von vornherein zu begegnen.

Paris, 5. April. Außer den Postbeamten, die am Mittwoch beschlossen haben, mit aller Energie gegen die Durchführung der Sparmaßnahmen zu kämpfen und dabei die Möglichkeit eines Generalstreiks ins Auge faßten, hielt auch eine Reihe anderer Beamtenvereinigungen Sitzungen ab. Die autonome Beamtenvereinigung, die Beamten der Verwaltung der indirekten Steuern und die Forstbeamten wollen gleichfalls gegen die Durchführung der Maßnahmen protestieren. Man rechnet damit, daß diese Protestwelle immer größer wird, und befürchtet daß die Regierung noch vor schwere Entschlüsse gestellt werden wird.

Die Pariser Morgenpresse, die sich schon seit Tagen sehr ausführlich über die neuen Sparmaßnahmen verbreitet hatte, stimmt ihnen zu und beglückwünscht die Regierung zu ihrem Erfolg. „Echo de Paris" und andere Blätter erinnern jedoch daran, daß es sich nur um einen ersten Abschnitt des Sparprogramms handele, da der gesamte Fehlbetrag über vier Milliarden Franken betrage. Man werde demnach nicht umhin können, auch von den ehemaligen Kriegsteilnehmern Opfer zu fordern.

Der sozialistische „Populaire" wendet sich scharf gegen die Regierungsmaßnahmen, die er als blinde Deflationspolitik bezeichnet.

Blindgänger zerreißt 3 Kinder

Auf dem Schlachtfeld bei Lille

Paris, 5. April. In Lille hatten drei Kinder im Alter von 8—12 Jahren beim Spielen auf dem Felde einen aus dem Kriege stammenden deutschen Blindgänger gefunden. Sie zündeten ein Holzfeuer an, warfen das Geschoß hinein und warteten der Dinge, die da kommen sollten. Plötzlich ereignete sich eine Explosion und ein Hagel von Stahlsplittern flog in die Luft. Das älteste der drei Kinder wurde auf der Stelle getötet, während die beiden anderen schwere Verletzungen davontrugen und in fast hoffnungslosem Zustand in ein Krankenhaus gebracht wurden.

An den Gräbern der Märtyrer

Wien, 5. April.

Obwohl die Regierung die gehenkten Schutzbundführer Weißl und Munichreiter so heimlich hat begraben lassen, daß die Gräber nicht einmal den nächsten Angehörigen bekannt wurden, ist es Kameraden des aufgelösten republikanischen Schutzbundes gelungen, die letzten Ruhestätten der Märtyrer ausfindig zu machen. Schutzbundkameraden haben ein Plakat an den Gräbern angebracht, das die Tat der Revolutionäre rühmt und die mörderische Regierung angreift.

*

Dem ONB. wird aus Leoben (Obersteiermark) berichtet: Im Kreisgericht Leoben wird die Witwe des Märtyrers der steirischen Arbeiter Koloman Wallisch, Frau Paula Wallisch, noch immer in Haft gehalten, obwohl gegen sie kein strafbarer Tatbestand vorliegt. Die Frau, die durch die Hinrichtung ihres geliebten Gatten in namenloses Leid geführt wurde, wird obendrein noch von den rachsüchtigen Diktatoren im Gefängnis zurückbehalten. Frau Wallisch, die immer eine tapfere und lebensfrohe Kampfgefährtin ihres Mannes war, hat nun im Kerker einen völligen Zusammenbruch erlitten. Die junge Frau ist infolge der unbeschreiblichen Aufregungen, die sie mitgemacht hat, an einer Körperhälfte gelähmt. Die Haft einer schwerkranken Frau, deren Mann hingerichtet wurde, diese Rache an einem Vertrauensmann der Arbeiter bis über den Tod hinaus, ist eine der ärgsten Brutalitäten, die die Geschichte der Konterrevolution kennt.

Otto Bauer ausgebürgert

Wien. Durch Verordnung des Polizeipräsidenten von Wien sind am Mittwoch mehrere sozialdemokratische Führer und Nationalsozialisten der österreichischen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt worden. Unter den Ausgebürgerten befinden sich auch die geflüchteten ehemaligen Abgeordneten Dr. Bauer und Deutsch.

Wien, 5. April. Minister a. D. Schmitz ist zum Bürgermeister von Wien ernannt worden. Schmitz verwaltete bereits seit dem 12. Februar kommissarisch die Stadtgemeinde Wien.

Verhungert

Zwei Wochen tot im Straßengraben

Die „Pommersche Tagespost" Nr. 71 vom 25. März meldet: „Verhungert..... Im Kreise Konitz zwischen den Ortschaften Pagelow und Neukirch wurde im Straßengraben die Leiche einer unbekannten Frau gefunden, die schon etwa zwei Wochen dort gelegen haben muß. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß die bedauernswerte Frau buchstäblich verhungert ist."

Gegen den Suff!

Das Polizeipräsidium in Stuttgart ist dazu übergegangen, neben der Ueberführung einer Reihe von Gewohnheitstrinkern in Trinkerheilstätten, Personen, die in **betrunkenem Zustande** angetroffen werden, in Schutzhaft zu nehmen. Wenn nötig, sollen auch Gaststätten, die Alkohol im Uebermaß verabreichen, mit Strafen belegt, oder ein Verfahren zur Konzessionsentziehung gegen sie eingeleitet werden.

Der Führer des Betriebes bestimmt

Die Rechtlosigkeit des deutschen Arbeitsvolkes

Reichsarbeitsminister und Reichswirtschaftsminister geben bekannt:

„Es liegen Mitteilungen vor, wonach in verschiedenen Teilen des Reichs trotz der klaren Anweisungen der Reichsregierung von betriebsfremden Kreisen versucht wird, in die Wahl der Vertrauensräte einzugreifen, die Wahllisten aufzustellen, zu ändern oder Vorschriften über Zeitpunkt und Formen der Wahlen zu erlassen. Derartige Versuche sind unzulässig und stehen in scharfem Widerspruch zu Geist und Inhalt des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit. Dieses Gesetz, das auf der Grundlage der Zusammengehörigkeit aller Betriebsangehörigen beruht, geht davon aus, daß soweit wie möglich die Beziehungen des Führers eines Betriebes und seiner Gefolgschaft im Betriebe selbst geregelt werden müssen. Das Gesetz will also gerade Einmischungen betriebsfremder Elemente, wie sie früher von Gewerkschaften vorgenommen worden sind, ausschließen und die Selbstverantwortlichkeit der im Betriebe tätigen Menschen stärken. Es bestimmt daher, daß lediglich der Führer des Betriebes im Einvernehmen mit dem Betriebszellenobmann des Betriebs die Wahllisten der Vertrauensmänner aufstellt und die Wahl durchführt. Wo diese Einigung nicht möglich ist oder wo die Wahl zu keinem positiven Ergebnis führt, kann allein der Treuhänder der Arbeit die notwendigen Anordnungen treffen. An diesem Grundsatz muß unbedingt festgehalten werden. Wer gegen den vom Gesetzgeber gewünschten Grundsatz verstößt, läuft Gefahr, zur Rechenschaft gezogen zu werden, ganz abgesehen davon, daß gesetzwidrige Eingriffe in die Wahlen der Vertrauensmänner die Ungültigkeit der Wahlen nach sich ziehen können."

•

Was ist da passiert? Wer hat sich da einmischen wollen in das patriarchalische Verhältnis in den Betrieben des „dritten Reiches"? Wer hat da nach alten „marxistischen" Grundsätzen Wahllisten aufstellen wollen, um den Arbeitern so halbwegs die Möglichkeit zu geben, ihre Betriebsvertreter nach Gesichtspunkten der Arbeiterschaft zu wählen? Fast scheint es, als ob die Leyschen Gewerkschaften noch nicht begriffen hätten, daß Gewerkschaften, gleich welcher Art, in den Betrieben nichts mehr mitzureden haben. Daher müssen sie sich gefallen lassen, daß ihnen erneut unter die Nase gerieben wird, daß lediglich der „Führer des Betriebes entscheidet" und Wahllisten der Vertrauensleute der Arbeiterschaft aufstellt und die Wahl durchführt.

Wer es noch nicht begriffen hat, dem macht es dieser Ukas der beiden Reichsminister klar: Der Unternehmer herrscht allein und die Arbeiterschaft hat zu kuschen. Sie darf auf ihre Kosten Hitlerreden im Betrieb anhören (die Stunde muß nachgeholt werden). Sie darf sich höchstens wundern über Lohnreduzierungen, über immer neu erfundene Abzüge und hat im übrigen das Maul zu halten, zu kuschen, das Pfötchen hochzuhalten und „Heil Hitler" zu rufen.

So sieht die Lage der deutschen Arbeiterschaft im „dritten Reiche" aus. Der obige Ukas beweist das klarer als alle sogenannten Greuelmeldungen.

Tarifverträge nur noch bis 30. Juni

Der Reichsarbeitsminister hat eine Anordnung erlassen, daß die am 30. April 1934 noch geltenden Tarifverträge noch solange unverändert weiterbestehen, bis der Treuhänder der Arbeit ihren Ablauf anordnet. Erklärend wird dann noch hinzugesetzt, daß die Weitergeltung aller Tarifverträge bis zum 30. Juni befristet ist, da bis dahin spätestens die Tarifverträge durch Betriebsordnungen ersetzt werden. Diese sollen für öffentliche und private Betriebe eingeführt werden.

Auch hier wieder kommt der „Führer des Betriebes" allein zur Geltung. Der Unternehmer macht in Zukunft die Betriebsordnung, wie er sie braucht. Bis zum 30. Juni hoffen die Naziführer im Reich die Arbeiterschaft so kirre gemacht zu haben, daß sie auch in den Betrieben den Unternehmern aus der Hand fressen. Das ist der Sinn in dieser Anordnung des Arbeitsministers.

Der Herrgott und das Eiserne Kreuz

Wer kann fristlos entlassen werden?

I

Berlin, 5. April. Der Nachrichtendienst der **Deutschen Glaubensbewegung** teilt mit: „In einem Falle von Bedrängung hatten wir einer Lehrerin empfohlen, die Entlassungsandrohung **wegen Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche zurückzuweisen und den Kampf aufzunehmen.** Der Herr Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung hat nunmehr entschieden, daß Entlassung oder Pensionierung wegen Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche nicht erfolgen darf.

II

Berlin, 5. April. Das Landesarbeitsgericht Berlin hatte darüber zu entscheiden, ob die fristlose Entlassung eines leitenden Angestellten zu Recht bestehe, die erfolgt war, weil der Angestellte sich öffentlich damit gebrüstet hatte, daß er in belgischer Gefangenschaft sein **„Eisernes Kreuz" an die damaligen Feinde Deutschlands verkauft** habe, und zwar gleich mit Besitzurkunde. Er wollte 5 Franken als Lohn dafür erhalten haben. Das Landesarbeitsgericht bestätigte die fristlose Entlassung, weil in den Aeußerungen des Klägers **eine Geringschätzung des Eisernen Kreuzes** wie überhaupt von Kriegsauszeichnungen zu erblicken sei und weil der Kläger den Geist der Wehrhaftigkeit und nationalen Gesinnung im neuen Deutschland schwer getroffen habe. Das Gericht sei überzeugt, daß der Kläger diese Aeußerungen aus einer **pazifistischen und defaitistischen Gesinnung heraus in der Absicht getan habe, Kriegsauszeichnungen verächtlich zu machen** und den militärischen Geist zu treffen. Dafür spreche besonders der Umstand, daß er das „Eiserne Kreuz" überhaupt nicht erworben habe und daß also für die Erfindung einer solchen Geschichte tiefer liegende Gründe vorhanden sein müßten. **Es erscheine für den Unternehmer nicht erträglich, eine Persönlichkeit in seinem Betriebe weiter zu dulden, die Kriegsauszeichnungen an feindliche Soldaten verkauft oder sich eines derartigen Verhaltens gerühmt habe.**

Zuchthaus —

Für den angeblichen Versuch einer Parteigründung

In Hannover hatten sich drei Angeklagte wegen Verbrechens gegen das Gesetz vom 14. Juli 1933 zu verantworten. Die Anklage warf ihnen vor, daß sie versucht hätten, eine neue Partei zu gründen und Druckschriften hochverräterischen Inhalts zu verbreiten. Das Gericht verurteilte alle drei zu je einem Jahre Zuchthaus.

Ein deutscher Ingenieur Rudolf Dorn, der bei den Zeppelinwerken in Friedrichshafen beschäftigt ist, hatte mit vier Bekannten die Osterfeiertage dazu benutzt, um in der Gegend von Chamonix Skisport zu treiben. Die fünf Wintersporler versuchten den Montblanc zu besteigen. Dorn wurde dabei von einem Schwächeanfall befallen und mußte in die Schutzhütte gebracht werden, wo er kurze Zeit später starb.

Die verwunderte „Germania"

Der katholische Hitlerjunge zwangsweise in die evangelische Kirche

Die „Germania" hat sich, seitdem Herr v. Papen sie besitzt, mit einer selbst in diesen Zeiten erstaunlichen Schnelligkeit und Leidenschaft gleichgeschaltet. Kein Tag vergeht, an dem nicht flinke Federn beweisen, daß Katholizismus und Nationalsozialismus zusammengehören. Wer kann sich die Enttäuschung vorstellen, mit der dann Notizen wie die folgende („Germania", 30. März) geschrieben werden:

Gegen unsere Notiz über den **katholischen Hitlerjungen,** der bestraft wurde, weil er sich weigerte, in den evangelischen Gottesdienst mitzugehen, wird im „Völkischen Beobachter" eingewandt, daß wir aus einer Mücke einen Elefanten gemacht hätten. Das nationalsozialistische Blatt schreibt zur Erklärung des von uns gerügten Vorfalles: „Wenn ein HJ.-Führer einen seiner Kameraden zwingen sollte, den Gottesdienst der anderen Konfession zu besuchen, so ist das sicher nicht richtig. Zwang beim Kirchenbesuch muß unterbleiben. Wir stehen aber auf dem Standpunkt, daß es auch dem kircheneifrigsten Deutschen nichts schaden kann, wenn er einmal einem Gottesdienst der anderen Konfession beiwohnt. Und wenn der betreffende HJ.-Führer schließlich den Wunsch hatte, seine Gruppe geschlossen auch beim Gottesdienst zu sehen, so lag ihm sicher der Gedanke fern, etwa dabei aus einem Katholiken einen Protestanten machen zu wollen. Die „Germania" scheint nicht zu wissen, daß da, wo von einzelnen nationalsozialistischen Gruppen Kirchenbesuch angeordnet wird, der Brauch sich oftmals herausgebildet hat, abwechselnd geschlossen den Gottesdienst der einen oder anderen Konfession zu besuchen. Schaden an seiner Seele hat dadurch noch kein Nationalsozialist genommen. Selbstverständlich wird aber kein Zwang ausgeübt. Wenn dies der HJ.-Führer getan hat, dann war dies ein Mißgriff, der Widerspruch des Jungen hätte ihn belehren müssen, daß der Junge mit der nationalsozialistischen Kameradschaft noch nicht eng genug verwachsen ist."

Wir geben, so sagt die „Germania" nach diesem Zitat weiter, diese erstaunlichen Ausführungen mit den Sperrungen des „Völkischen Beobachters" wieder und gestehen, daß wir von dem „Brauch", der im Druck hervorgehoben ist, tatsächlich nichts gewußt haben. Wohl war uns bekannt, daß der uns mitgeteilte Fall nicht ganz vereinzelt dasteht, darum haben wir ihn erwähnt. Daß der Verfasser des Artikels im „Völkischen Beobachter" aber glaubt von einem Brauche sprechen zu dürfen, überrascht uns außerordentlich, und nicht minder die Auffassung, daß es ein Mangel an nationalsozialistischer Kameradschaft sei, wenn ein Hitlerjunge diesen angeblichen „Brauch" nicht mitmacht. Offenbar weiß der „V. B." nicht, **daß Katholiken aus Gewissensgründen an derartigen „Bräuchen" nun einmal nicht teilnehmen dürfen,** sonst hätte er wohl vermieden, den kühnen Schluß bezüglich der nationalsozialistischen Kameradschaft zu ziehen. Die Gründe, warum ein Katholik nicht „abwechselnd" am katholischen und evangelischen Gottesdienst teilnehmen darf, liegen auf religiös-dogmatischem Gebiete, sie gehören nicht in die politische Erörterung. Sie sind für jeden katholischen Nationalsozialisten zwingend, und wenn er sich streng an die Lehren und Vorschriften seiner Kirche hält, darf ihm nach der bekannten Erklärung des Stellvertreters des Führers über die Glaubens- und Gewissensfreiheit keinerlei Schaden erwachsen, er darf nicht als minderer Nationalsozialist angesehen werden. Wir bedauern, daß der „V. B." diese klare Sachlage in Verwirrung bringt und damit die Lösung gewisser Probleme erschwert.

Ein Weißbuch kommt

Mit einer langen Liste . . .

Rom, 4. April. Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß der Vatikan gegenwärtig ein „Weißbuch" über den Naziterror gegen die deutschen Katholiken vorbereitet. In dem Buch soll der Beweis geführt werden, daß die deutsche Regierung das Konkordat verletzt hat; es soll ein **Verzeichnis aller Verhaftungen und Verurteilungen** von Priestern, aller Fälle von Verfolgungen der katholischen Jugend und aller Angriffe führender Nazis gegen den Klerus enthalten.

Reichsminister Stabschef Röhm hat die Ehrenführerschaft des Deutschen Reichskriegerbundes Kyffhäuser übernommen. Stabschef Röhm hat damit die besondere Verbundenheit der Obersten SA.-Führung mit der größten Organisation der Frontsoldaten sichtbar zum Ausdruck gebracht.

Geglückter Flug von der Eisscholle der „Tscheljuskin"-Schiffbrüchigen

Der russische Flieger Babuschkin, der sich schon bei der Suche nach den verunglückten Nobile-Leuten auszeichnete, konnte jetzt nach wochenlangen Versuchen mit seinem Kleinflugzeug von der treibenden Scholle, auf die sich die „Tscheljuskin"-Leute flüchteten, starten und hat Wankarem, den Ausgangspunkt der Rettungsaktionen, erreicht. Sein Flugzeug war bei dem Untergang des Eisbrechers auf die Eisscholle gerettet worden.

Die „Tscheljuskin"-Tragödie

Rettung durch Großluftschiff möglich

Der Leiter des sowjetrussischen arktischen Instituts, Professor Rudolfi Samoilovitsch, behandelte in interessanten Ausführungen in Leningrad das Problem der verkehrsmäßigen Erschließung des nördlichen Eismeers. Nach seiner Ueberzeugung würde ein Versuch zur Rettung der „Tscheljuskin"-Mannschaft mit einem großen Luftschiff, wie dem „Graf Zeppelin" oder der „Macon", aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem Erfolge führen.

Samoilovitsch hält die Tscheljuskin-Tragödie **nur für einen Unfall, wie er mehr oder weniger überall vorkommen kann.** Das nördliche Eismeer sei keineswegs so außerordentlich gefährlich für die Schiffahrt, wie man gemeinhin annimmt. Samoilovitsch ist überzeugt, daß die „Tscheljuskin"-Besatzung gerettet wird. Die arktische Geschichte kenne viele Fälle von Leuten, die monatelang auf irgendeiner Eisinsel zugebracht hätten und doch schließlich gerettet wurden. Samoilovitsch glaubt, daß dem „Krassin" die Rettung gelingen müsse. Dagegen äußerte er sich weniger zuversichtlich über die Möglichkeit einer Rettung durch Flugzeuge. Dazu sei das Wetter im Frühling zu veränderlich. Auch die russischen Luftschiffe sind nach seiner Meinung dazu nicht geeignet, da sie zu klein sind. Einem großen Luftschiff aber wie dem „Graf Zeppelin" und der „Macon" könnte die Rettung wohl gelingen.

Samoilovitsch glaubt an die Möglichkeit eines regelmäßigen Handelsschiffahrtsverkehrs im nördlichen Eismeer. Normale Handelsschiffe könnten das nördliche Eismeer befahren, falls sie nur in dem stark vereisten Teil des Tschukotsky-Meeres von leistungsfähigen Eisbrechern vom Typus des „Krassin" unterstützt würden. Dadurch würde eine nördliche Handelsstraße zwischen Sibirien und Amerika eröffnet werden, und für die großen Mineral-, Pelz- und Holzreichtümer des Lena-Gebietes wäre ein billiger Transportweg geschaffen. Samoilovitsch sieht eine große wirtschaftliche Zukunft für dieses Gebiet voraus.

Professor Samoilovitsch war der wissenschaftliche Leiter der im Juli 1931 unter der Führung Dr. Eckeners erfolgten Arktisfahrt des „Graf Zeppelin", bei der das Luftschiff im Eismeer neben dem Eisbrecher „Malogin" auf dem Eise niederging und acht Postsäcke übernahm. Der russische Gelehrte hat sich wiederholt in Worten höchster Anerkennung über die seinerzeitigen Leistungen des deutschen Luftschiffes geäußert. Deshalb kommt den Ausführungen dieses Gelehrten, der neben der wissenschaftlichen auch über die Erfahrung der praktischen Polarforschung verfügt, außerordentliche Bedeutung zu.

•

Am zweiten Osterfeiertag gelang es der „Tscheljuskin"-Besatzung, die Flugverbindung mit dem Festland auf eine völlig unerwartete Weise herzustellen.

Auf der Eisscholle befand sich der Flieger Babuschkin, der seinerzeit sein Flugzeug bei der Landung auf der Scholle beschädigt hatte und seitdem dort festsaß. Bisher hielt man es für ausgeschlossen, daß es gelingen könnte, das Flugzeug Babuschkins, bei dem u. a. beide Tragflächen und das Kufengestell schwer beschädigt worden waren, wegen des völligen Mangels an entsprechendem Material wieder flugfähig zu machen. Die Eisschmelze, die in den letzten Tagen die Besatzung immer mehr beunruhigt hatte, veranlaßte jedoch den Flieger, fieberhaft an der Ausbesserung seines Flugzeuges zu arbeiten.

Montagvormittag ist es Babuschkin nun gelungen, das Flugzeug soweit herzustellen, daß er einen Probeflug über der Eisscholle unternehmen konnte. Das Flugzeug Babuschkins startete mit Prof. Schmidt an Bord glatt von dem auf der Eisscholle errichteten Flugplatz und umflog in weiten Kreisen das Eislager.

Auch die Landung vollzog sich völlig glatt, und nachdem Babuschkin festgestellt hatte, daß seine Maschine völlig flugfähig war, stieg er zu einem Flug nach Kap Wankarem auf. Es handelt sich bei dem Apparat um ein kleines Sportflugzeug, so daß Babuschkin nur zwei Mann der „Tscheljuskin"-Besatzung an Bord nehmen konnte. Mit diesen beiden besonders geschwächten und kranken Expeditionsmitgliedern gelang es Babuschkin, in der Nacht zum Dienstag in Kap Wankarem zu landen. Damit hatte er die Verbindung mit der Außenwelt wiederhergestellt.

Nachdem dies Babuschkin als erstem Flieger nach Ljapidewski gelungen ist, ist der Mut der „Tschuljuskin"-Besatzung wieder gestiegen. Sie glaubt an ihre Rettung. Babuschkin will schon heute von Kap Wankarem wieder zu einem Flug nach der Eisscholle aufsteigen und dabei besonders Eßvorräte und neue Akkumulatoren für die Funkanlage mitnehmen. Es scheint, daß das Durchkommen zu der Eisscholle und die Landung dort mit einem kleinen Sportflugzeug viel leichter ist als mit den großen Verkehrsflugzeugen, mit denen bis jetzt ergebnislose Versuche gemacht worden sind. Babuschkin wurde in Kap Wankarem außerordentlich gefeiert. Er erklärte, daß er, da sich Professor Schmidt selbst nicht bester Gesundheit erfreue, den Führer der Expedition nach Kap Wankarem bringen wollte.

Professor Schmidt habe es jedoch mit aller Energie abgelehnt und erklärt, er wolle erst als letzter Mann die Eisscholle verlassen, wenn alle anderen Mitglieder der Besatzung in Sicherheit gebracht worden seien.

In einem Funkspruch teilt Professor Schmidt von dem Eislager mit, daß es dem Funker gelungen sei, einen Eisbären zu erlegen. Dadurch sei man mit frischem Fleisch versorgt, was für das Befinden der Besatzung von größter Wichtigkeit sei. Der Sender arbeite nur so schwach, daß er nur noch drei Minuten täglich senden könne. In dem Funkspruch wird weiter mitgeteilt, daß die Eisscholle in den letzten drei Tagen 15 Kilometer nördlich abgetrieben worden sei.

Die Rettungsaktion der anderen Flieger geht natürlich, unabhängig von dem Babuschkin-Flug, weiter vor sich.

Katastrophensignale

Weiterer Goldschwund — Rasch zunehmende Aufblähung des Zahlungsmittelumlaufs

dnb. **Berlin**, 4. April. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 29. März 1934 hat sich in der verflossenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Wertpapieren um 533,8 Millionen auf 4059,6 Millionen RM. erhöht. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 382,9 Millionen auf 3143,8 Millionen RM., diejenigen an Reichsschatzwechseln um 88,2 Millionen auf 90,0 Millionen RM., an Lombardforderungen um 65,3 Millionen auf 144,5 Millionen RM. und an deckungsfähigen Wertpapieren um 2,1 Millionen auf 349,8 Millionen RM. zugenommen. Die Bestände an sonstigen Wertpapieren zeigen mit 331,5 Millionen RM. eine Zunahme um 0,3 Millionen RM.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 398,3 Millionen RM. in den Verkehr abgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 381,6 Mill. auf 3674,6 Millionen RM., derjenige an Rentenbankscheinen um 11,7 Millionen auf 855,6 Millionen RM. erhöht. Der Umlauf an Scheidemünzen nahm um 110,5 Millionen auf 1502,2 Millionen RM. zu. Die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen haben sich auf 53,8 Millionen RM., diejenigen an Scheidemünzen unter Berücksichtigung von 7,5 Millionen RM. neuausgeprägter und 3,2 Millionen RM. wieder eingezogener auf 170,0 Millionen RM. ermäßigt. Die fremden Gelder zeigen mit 547,4 Millionen RM. eine Zunahme um 6,6 Millionen RM.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 17,0 Mill. auf 245,2 Mill. RM. vermindert. Im einzelnen habe die Goldbestände um 7,8 Mill. auf 237,1 Mill. RM. und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 9,2 Mill. auf 8,1 Mill. RM. abgenommen.

Die Deckung der Noten betrug am Ultimo 6,7 Prozent gegen 8,0 Prozent am 23. März d. J.

*

Der neue Reichsbankausweis ist ein Katastrophensignal, wie es bisher noch nicht da war. Die Reichsmark hat praktisch keine Deckung mehr. Denn eine Deckung von 6,7 Prozent hat natürlich mit dem herkömmlichen Begriff der Währungsreserve nur noch den Namen gemein. Ein Goldvorrat von 237 Millionen bedeutet, falls er für Einlösungszwecke in Anspruch genommen werden müßte, gegenüber einem Zahlungsmittelumlauf von 5,711 Milliarden Mark so gut wie nichts. Aber das ist nicht einmal das Entscheidende. Der Begriff der Deckung spielt für die Reichsmark praktisch schon längst keine Rolle mehr, da diese Währung vom Weltmarkt mehr und mehr verschwindet. Entscheidend dagegen ist das jähe, geradezu erschreckende Zusammenschmelzen des Devisenvorrates auf ganze acht Millionen Mark. Vor Jahresfrist belief sich dieser Betrag im Reichsbankausweis noch auf 97 Millionen. Er ist also auf ein Zwölftel gesunken. Angesichts dieser Ziffer begreift man, warum Deutschland nicht mehr in der Lage ist, selbst lebensnotwendige Rohstoffe einzuführen. Möglich, daß die jetzt vorgenommene scharfe Drosselung der Einfuhr den Devisenbestand in den nächsten Wochen vorübergehend wieder etwas anwachsen läßt, dafür vergrößert sie jedoch den Leerlauf der deutschen Wirtschaft. Auf die Dauer kann die Devisensituation der Reichsbank auf diese Weise ohnedies nicht gerettet werden, da das Ausland natürlich mit weiteren Gegenmaßnahmen gegen die deutsche Ausfuhr antworten wird.

Im Auslande wird übrigens der Verdacht geäußert, daß die deutschen Katastrophenziffern bis zu einem gewissen Grade ein Bluff Dr. Schachts seien, um eine günstige Verhandlungsbasis für die demnächst beginnenden Transferbesprechungen zu erreichen. Eine solche Vermutung äußerte beispielsweise kürzlich die „Times". Es ist begreiflich, daß die deutschen Gläubiger ihren Schuldner nicht gern für so bankerott halten, wie er sich selbst ausgibt. Indessen sprechen die deutschen Außenhandelsziffern eine allzu deutliche Sprache, zumal wenn man bedenkt, daß für einen Teil dieser Ausfuhr gar keine Devisen hereingekommen sein dürften, da es sich dabei um verschleierte Vermögensverlagerungen ins Ausland handelt.

Bemerkenswert im Ausweis der Reichsbank ist der Zuwachs an Wechseln und Schecks um 382 Millionen auf 3,14 Milliarden. Diese sogenannten Wechsel sind zum größten Teil keine echten Verpflichtungen der Wirtschaft, sondern Arbeitsbeschaffungswechsel, also künstliche öffentliche Kredite. Auch die Reichsschatzwechsel haben gewaltig zugenommen: um 23 Millionen sind sie auf 90 Millionen gestiegen. Dagegen hat die Reichsbank kaum noch sogenannte deckungsfähige Wertpapiere der Privatwirtschaft erworben; hier ist nur ein Zuwachs von 2 Millionen zu verzeichnen.

Nach dem jetzigen Reichsbankausweis darf man annehmen, daß eine endgültige Entscheidung über die Einstellung des deutschen Transfers nahe bevorsteht.

Deutscher Reichshaushalt-Jammer

Die Konjunktur-Lüge von Zahlen erschlagen

Die sterbende „Vossische Zeitung (Nr. 75) gab folgende Auskünfte über das Zahlenwerk des Reichshaushaltplanes von 1934:

Im neuen Reichsetat ist der Ertrag der Reichssteuern, nach dem Abzug der unmittelbaren Ueberweisungen an die Länder, mit 5372,9 Mill. RM. veranschlagt gegenüber 5220 Mill. RM. im Jahre 1933. Allerdings verbleibt dieser Betrag dem Reiche nicht in voller Höhe, es gehen vielmehr zwei erhebliche Posten ab: Zunächst 285 Millionen für die Einlösung von Steuergutscheinen, ein Abzug, den es im vorigen Jahre noch nicht gab, und außerdem 350,3 Millionen für Sonderüberweisungen an die Länder und Gemeinden, während im Vorjahre an dieser Stelle nur 131,8 Millionen abzusetzen waren. Das Nettoaufkommen aus allen Reichssteuern beträgt somit für das Reich im Jahre 1934 4737,6 Mill. RM. gegen 5089,0 Mill. RM. im Vorjahre, es ist also um rund 350 Mill. RM. geringer.

Für die wichtigsten Steuern ergibt sich (nach der Bruttoberechnung, also vor Abzug der Ueberweisungen an die Länder) für das Jahr 1934 im Vergleich mit dem Voranschlag für 1933 und den Ergebnissen der ersten elf Monate dieses Jahres folgendes Bild (in Mill. RM.):

	Etat 1934	Etat 1933	11 Monate 1933-1934
Lohnsteuer	750,0	750,0	668,7
Kapitalertragsteuer	45,0	40,0	38,6
Veranl. Einkommensteuer	480,0	500,0	412,3
Einkommensteuer insgesamt	1275,0	1290,0	1119,6
Körperschaftssteuer	180,0	100,0	162,8
Vermögenssteuer	300,0	310,0	294,3
Umsatzsteuer	1700,0	1500,0	1402,3
Kraftfahrzeugsteuer	118,0	228,0	200,2
Beförderungssteuer (Pers.)	90,0	100,0	83,4
Beförderungssteuer (Güt.)	100,0	90,0	86,7
Besitz- u. Verkehrssteuern zusammen	3983,0	4073,0	3685,3
Zölle	1080,0	1140,0	1008,5
Tabaksteuer	775,0	775,0	678,8
Biersteuer	370,0	280,0	224,3
Spiritusmonopol	145,0	140,0	129,5
Fettsteuer	140,0	150,0	180,6
Reichsschlachtsteuer	200,0	—	—
Zölle u. Verbrauchssteuern zusamm.	3124,7	2887,4	2580,3

Es war offenbar nicht möglich, die Aufgaben des Staates auf dem Aufgabenniveau zu erfüllen, das im letzten Jahr erreicht worden war. Neue Aufgaben sind hinzugekommen; *die Personal- und die Sachausgaben sind gestiegen.* Es mußten neue Wege gegangen werden, um den Mehrbedarf zu befriedigen.

Das ist zunächst dadurch geschehen, daß die *Anforderungen für die Arbeitsbeschaffungskosten herabgedrückt* wurden. Diese Kosten waren im vergangenen Jahr auf rund eine Milliarde geschätzt worden. 660 Millionen sind in den neuen Etat eingestellt; die 340 Millionen sind auf diese Weise dem nächsten Etat aufgebürdet worden. Auf der anderen Seite sind einmalige Einnahmen erschlossen worden, in erster Linie aus drei Quellen: *aus der Auflösung von Sondervermögen des Reiches und der Veräußerung sonstigen Reichsbesitzes sollen 300 Millionen erzielt werden; der Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn und Dividendeneinnahmen sollen 224 Millionen erbringen; durch eine Anleihe sollen 275 Millionen aufgebracht werden.* Die Einnahme aus der Auflösung der Sondervermögen des Reiches ist wohl so zu verstehen, daß in erster Linie *Wertpapiere verkauft werden sollen.* An Reichsbahnaktien konnten im vorigen Jahr rund 130 Millionen abgesetzt werden; der Betrag ist jetzt also fast verdoppelt. Das stärkste Interesse muß der dritte Posten, die Anleihe in Höhe von 275 Millionen ergeben.

Finanztechnisch erscheint es als ungewöhnlich, eine Anleihe als Einnahme in den ordentlichen Etat einzustellen. Es blieb wohl *keine andere Möglichkeit*, da ein außerordentlicher Etat des Reiches nicht mehr besteht. Es bleibt die Frage nach den materiellen Einzelheiten. Es war bisher nicht bekannt, daß das Reich in diesem Jahr eine Anleihe zum Zwecke des Etatausgleichs aufnehmen wollte. *Es ist noch weniger bekannt, wie eine solche Anleihe placiert werden soll.* Der Kapitalmarkt hat durch die Maßnahmen der Reichsregierung eine Entspannung erfahren. Dennoch ist im Augenblick nicht erkennbar, wie er mit einer Summe in Anspruch genommen werden kann, die insgesamt 700 Millionen übersteigt.

So wird es gemacht

Wie die Zahl der Erwerbslosen künstlich gesenkt wird, ergibt eine Statistik der Stadt München, wonach seit Oktober vorigen Jahres 1195 männlichen und 560 weiblichen Erwerbslosen die Unterstützungen entzogen worden ist. Es verlautet in der Meldung nicht, ob wegen „Schwarzarbeit", ob aus politischen oder sonstigen Gründen.

Bierverbrauch rückläufig

Der Bierausstoß der Kindlbrauerei in Berlin betrug laut Kundmachung im Jahre 1929-30 rund 917 000 hl, 1930-31 rund 735 000 hl, 1931-32 640 000 hl und 1932-33 610 000 hl. In den bisher verflossenen Monaten des neuen Geschäftsjahres ist ein geringfügiger Absatzrückgang eingetreten. — Der Absatz des westdeutschen Braugewerbes im ersten Vierteljahr 1934 war, wie vom Verband der rheinisch-westfälischen Brauereien mitgeteilt wird, schwankend, im ganzen jedoch gegenüber dem Vorjahr gehalten. Das Faschingsgeschäft brachte sogar eine erfreuliche, allerdings nur vorübergehende Steigerung. Eine dauernde Absatzbelebung scheine ohne die angekündigte Entlastung der Biersteuer nicht möglich.

„Aufwärts"

Nach Mitteilungen des Vereins für die bergbaulichen Interessen hat sich die im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms erfolgte Vermehrung der Belegschaft im letzten Jahre von 196 000 auf 220 000 im Ruhrbergbau in einer Erhöhung der Zahl der Feierschichten ausgewirkt, die von 3,68 auf 4,4 je Arbeiter im Monat gestiegen sind. Es wird erklärt, daß auch jetzt noch die Belegschaft um 25 000 Mann höher sei, als es der Absatz eigentlich erfordere.

Der Rückgang des Fremdenverkehrs

(Inpreß.) „Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht folgende amtliche Zahlen über den Besuch von Ausländern, die zu Schiff in Deutschland ankamen: 1930 — 86 100, 1931 — 69 800, 1932 — 66 900, 1933 — 46 300 Besucher.

Der „Aufschwung"

Die „Frankfurter Zeitung" berichtet, daß der Osterverkehr auf den Eisenbahnen schwach war. Der eigentliche Osterverkehr hat sich also, im Gegensatz zu früheren Jahren, in der engsten Frankfurter Umgebung abgewickelt, was wohl auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zurückzuführen ist, die vielen größere Geldausgaben verbieten.

„Konjunktur" auf Reichskosten

Aussichten für die neue Bausaison

Ueber den amtlich betriebenen Konjunkturschwindel im Baugewerbe wird geschrieben:

In früheren Jahren pflegte die neue Saison in der Bauwirtschaft Anfang März einzusetzen. 1934 waren zu dieser Zeit seit Jahresbeginn bereits über ein Viertel Million Bauarbeiter neu eingestellt. Die Zahl der Beschäftigten ist sogar höher als Anfang März in den Hochkonjunkturjahren 1928-29. Diese außergewöhnlich hohe Beschäftigung vor dem „normalen" Beginn der Saison bedeutet nach Ansicht des Konjunkturinstituts natürlich bis zu einem gewissen Grade eine Vorwegnahme der üblichen jahreszeitlichen Entlastung. An sich mußte damit gerechnet werden, daß nach Ablauf der für Instandsetzungen und Umbauten geltenden Frist (ursprünglich März) eine große Zahl von Bauarbeitern freigesetzt würde. Diese Gefahr ist durch Verlängerung der Frist bis Ende Juni wesentlich gemildert worden. Wenn die bereits zugeteilten Reichsmittel für vorstädtische Kleinsiedlungen und für Eigenheimbauten umgehend verausgabt werden, könnte die „Auffassungsmöglichkeit" für die bisher bei Reparaturen und Umbauten Beschäftigten noch wirksamer gestaltet werden. Darüber hinaus könnte bei beschleunigter Ausschüttung der den Bausparkassen zugeteilten Kredite von etwa 60 Mill. sofort mit dem Bau von mehreren 1000 Eigenheimen begonnen werden.

Insgesamt bleibt aber für die Beschäftigung des *Hochbaues in der kommenden Saison entscheidend, wieweit rechtzeitig weitere Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden.*

Höchstpreise für Holz?

dnb. Berlin, 4. April. In Anbetracht der Tatsache, daß die Preise für Roh- und Schnittholz einen Tiefstand erreicht hatten, der den Bestand der deutschen Forst- und Holzwirtschaft bedrohte, hatte das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine angemessene Preissteigerung im Laufe des Jahres 1933 für gerechtfertigt erachtet. In den letzten Wochen hat bei verschiedenen Holzsortimenten, insbesondere auch bei Bauholz, die Aufwärtsbewegung der Preise einen Grad erreicht, der von dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter keinen Umständen geduldet werden wird. Dieses hat vielmehr die Absicht, gegen das Spekulantentum im Handel in rücksichtsloser Weise vorzugehen und durch Festsetzung von Höchstpreisen für wichtige Holzsortimente der Preistreiberei ein Ziel zu setzen.

Mätzchen

hb. Die „Neuesten Nachrichten" in Braunschweig bringen zur Arbeitsschlacht in ihrer Nummer vom 21. März folgenden Spezialschlager:

„845 901 Aufträge, Käufe und Bestellungen werden am 21. März getätigt.

Von den Organisationen und Verbänden, die ihren Sitz im Gau Südhannover-Braunschweig haben, werden fast ausschließlich durch die einzelnen Mitglieder bei deutschen Geschäftsleuten folgende Käufe ausgeführt bzw. Aufträge erteilt:

50 000 Schürzen, 40 000 Harken, 20 000 Werkzeuge (Beile, Hämmer, Feilen), 4850 Aufträge für Büroartikel zu je 100 bis 150 Mark, 3000 Paar Dachschuhe, 24 000 Paar Anzüge, 13 000 Bücher im Werte von je 3 Mark und mehr, 50 000 Küchengeräte, 5000 Paar Holzschuhe, 1500 Stück Spaten, 30 000 Stück Stallgeräte (Eimer, Striegel, Bürsten), 3000 Garnituren Makkowäsche, 15 000 Paar Schuhe, 2500 Karteikästen mit Karten (je 11,50 Mark) 73 Kühlanlagen bzw. Erhitzer, 16 000 Milchkannen, 37 000 Handwerkszeuge und Geschäfts- und Gebrauchsgegenstände, 5000 Berufsanzüge und Kittel, 20 000 Fingerhüte, 40 000 Forken, 175 000 Seiler- und Sattlerwaren, 2000 Maßbänder, 100 000 Hemden, 15 000 Weidenkörbe, Kiepen und Kartoffelkörbe, 500 Radiogeräte, 2000 Bandsägenfeilen, 4000 Hakenkreuzfahnen, 10 000 Eierkisten, 20 000 Hacken, 5000 Paar Socken, 60 000 Stempel und Kissen, 450 Aktentaschen, 28 Karren, 5000 Paar Schuhleisten, 1800 Kontobücher. Dazu kommen noch 450 000 Milchflaschen, 500 000 Holzkisten und 200 000 Buttertonnen."

Der verehrte Leser wird uns vielleicht jetzt fragen, was er mit dieser lächerlichen und unkontrollierbaren Aufzählung anfangen soll. Wir müssen ihm errötend gestehen, daß wir das selber nicht wissen. Vermutlich soll damit bewiesen werden, daß solche segensreichen Gebrauchsgegenstände wie Fingerhüte, Makkohemden usw. erst seit dem Siege der nationalen Revolution verwendet werden, während man in den Zeiten der verruchten Novemberrepublik an Stelle der Fingerhüte noch Schwimmhäute und an Stelle der Makkohemden Hornschuppen auf dem Körper hatte.

400 000 Schulentlassene ohne Beruf

Nach einer Berechnung der „Frankfurter Zeitung" vom 28. März werden rund 400 000 Schulentlassene ohne Lehrstellen bleiben.

7000 Postbeamte entlassen

Die Pressestelle des Reichspostministeriums teilt mit, daß seit Hitlers Machtergreifung insgesamt 7000 Postbeamte entlassen worden sind, davon rund 5600 aus den untersten Dienststellen (1900 Beamtinnen und 3700 Beamte), 2000 aus dem mittleren Dienst und 230 Beamte aus dem höheren Dienst. Die Entlassungen erfolgten in der überwiegenden Mehrzahl aus politischen Gründen, um Nazianwärter unterzubringen.

„Kennst du den Mann, der heute liest?"

Die Buchhändler in heller Verzweiflung

Die deutschen Verleger und Buchhändler stoßen einen Notschrei nach dem andern aus. Die Leute, die heute in Deutschland obenauf sind und Geld haben, lesen nicht, sondern exerzieren, die Menschen, die gern lesen möchten, sind entweder in Konzentrationslagern und Gefängnissen untergebracht oder sie haben kein Geld, oder der Unsinn, der im braunen Reiche geschrieben, gedruckt, verkauft wird, treibt ihnen die Haare zu Berge. Langsam beginnen sogar einige gleichgeschaltete Blätter das zu begreifen. Nach der „Literarischen Welt" und der „Neuen Literatur" faßt jetzt auch die in Stuttgart erscheinende Zeitschrift „Literatur" eine Art selbständigen Gedanken. Sie veröffentlicht einen Aufsatz: „Kennst du den Mann, der heute liest?" Darin heißt es:

„Voraussetzung allen Schreibens und Verlegens ist die Frage nach dem Menschen, der heute liest, diesen Mann muß man unbedingt kennen. Verlagsgeschäft und Schriftstellerei als Beruf liegen danieder. Auf die Frage „Kennst du den Mann?" ist der Unternehmer auf geistigem Gebiete heute versucht, mit einem schweren Seufzer zu antworten: „Ja, den möchte ich kennen! Früher kannte ich ihn, aber ich weiß kaum noch, wie er aussieht — so lange ist er nicht mehr bei mir gewesen."

... Aber abgesehen von diesem wehmütigen Scherz ist es verwunderlich, daß man sich nicht wirklich offen eingesteht: nein, wir kennen den Leser nicht. Wir müssen uns wohl von ihm eine falsche Vorstellung gemacht haben: sonst ließe er sich wahrscheinlich leichter zurückgewinnen oder wäre wahrscheinlich gar nicht in dem Maße davongelaufen ... Die Legende von dem Mann, der sich nicht anstrengen will, auf den man nur mit Seichtigkeit spekulieren dürfte, ist einfach Unsinn. Ist es etwa nicht wahr, daß vor einigen Jahrzehnten eine erstaunlich große Anzahl von sozialdemokratischen Arbeitern „Das Kapital" von Marx wirklich gelesen hatte, in müden Nächten, mit zergrübelten Gesichtern, weil sie von diesem Buch Klarheit und Wegweisung erwarteten? Und handelt es sich nicht um ein ganz verflucht konzentriertes und schwer zu lesendes Buch?

Ja — nicht wahr? Höchst merkwürdig! Wenn man nun die verbotenen, verbrannten, verpönten sozialistischen Bücher wieder zum Verkauf anböte? — Dann wäre das deutsche Büchergewerbe gerettet — aber das braune Reich in Gefahr. Also wird man sich wohl entschließen, den Buchhandel vollends vor die Hunde gehen zu lassen und das „dritte Reich" zu retten. Denn beides, Geist und Ungeist, hat unter einem Dache keinen Platz.

In Holland:

„Emigrantenliteratur bevorzugt"

Die „Berliner Börsen-Zeitung" befaßt sich mit der Frage der deutschen Literatur und dem holländischen Markt und stellt fest, daß das „deutsche Buch" — das Hakenkreuzbuch — in Holland boykottiert wird. Wörtlich gesteht das Blatt: „Dieses durchaus sichere und bedeutungsvolle Hollandgeschäft des deutschen Verlagswesens ist also seit einem Jahr schwer erschüttert worden. Nicht aber etwa dadurch, daß die vormaligen Nebenbuhler, die Büchererzeuger Frankreichs und Englands, eine kräftige Kampagne begonnen hätten. Die Konkurrenz kommt von seiten des deutschen Buches selber, nämlich von denjenigen deutschen Büchern und Zeitschriften, die seit einem Jahr hier in Holland hergestellt werden. Es handelt sich um die Bücher und Zeitschriften der Emigranten.

„Amsterdam ist zum hauptsächlichen Zentrum der deutschen Emigrantenliteratur aufgestiegen. Es sind hier die drei holländischen Verlage Querido, van Kempen und Albert de Lange, die sich im größten Stile auf die Herstellung von Büchern geflüchteter Autoren geworfen haben ... Diese Emigrantenliteratur hat in den Auslagen der Straßenverkaufsstände und der Buchhandlungen das aus Deutschland stammende Druckerzeugnis fast vollständig verdrängt. Kennzeichnend für die Sachlage ist es, daß die von der Importfirma Meulenhoff herausgegebene Monatsschrift „Het duitsche boek" soeben ihr Erscheinen eingestellt hat ... Es ist zweifellos, daß das holländische Publikum durch diese eingetretene Stockung des deutschen Bücherabsatzes nach Holland um die Möglichkeit kommt, sich über die Vorgänge und über die geistigen Leistungen in Deutschland zuverlässig zu unterrichten. Der Ausfall des deutschen Buches auf dem holländischen Markt ist einer der Gründe, weshalb die Stimmung in Holland gegenüber Deutschland heute eine keineswegs freundliche ist."

In Oesterreich:

Hier wird „ausgemerzt"

Der vom österreichischen Volksbildungsreferenten bestellte Büchereiausschuß zur Ueberprüfung von zirka siebzig Arbeiterbüchereien stellte fest, daß „gewisse Schriften entfernt werden müssen". Das Februarheft der „Volksbildungsblätter" des Allgemeinen Niederösterreichischen Volksbildungsvereines bringt als Kommentar hierzu einen Aufsatz unter dem Titel „Schundliteratur ausmerzen", in welchem unter der auszumerzenden Literatur u. a. die Werke folgender jüdischer Autoren angeführt werden: Arthur Schnitzler, Jakob Wassermann, Franz Werfel, Stefan Zweig, Lion Feuchtwanger, Max Brod. Man will in Wien nicht daran glauben, daß sich die Bibliothekenreiniger an die hochwertigen literarischen Schöpfungen der genannten jüdischen Autoren heranwagen werden; man erinnert sich hier zu genau, daß die Verbrennung der Bücher dieser Autoren im Frühjahr 1933 in Deutschland zum Maßstab für das Kulturniveau des „dritten Reiches" in der ganzen Welt geworden ist.

In England:

Gründung einer Gesellschaft der Freunde der deutschen Bibliothek

Kürzlich fand, wie die „Times" mitteilt, ein Empfang bei Lady Oxford in London statt, an dem zahlreiche führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Englands teilgenommen haben. Es wurde beschlossen, eine Gesellschaft der Freunde der deutschen Bibliothek in England zu schaffen, die Tausende von Mitgliedern haben soll. In einem Briefe, unterzeichnet von H. G. Wells, Lady Oxford, Wickham Steed, Louis Golding, Professor Haldane, werden alle fortschrittlichen Leute aufgerufen, sich dieser Gesellschaft anzuschließen.

Am 9. April soll eine erste Sitzung der Gesellschaft stattfinden und für den 10. Mai, dem Tag des verbrannten deutschen Buches, ist ein großes Meeting vorgesehen.

Als Sekretärin wurde gewählt Frau Haldane, die Frau des Professors Haldane. Diese Gesellschaft ist die englische Sektion der französischen Gesellschaft für die Unterstützung des Internationalen Antifaschistischen Archivs.

Das arge Weib

Klara Zetkins gestohlene Bibliothek

Im Lager Oranienburg, dem so berühmt gewordenen, werden nicht nur Menschen gequält. Hier ist zugleich eine der braunen Höhlen, in denen das „dritte Reich" sein Diebstahlsgut aufbewahrt. Darüber erfährt man eine interessante Einzelheit aus der Niederschrift des Oranienburger Lagerkommandanten und Sturmbannführers Schäfer, die gegen die Broschüre Gerhard Segers gerichtet ist. Schäfer schreibt (Abdruck der „Westfälischen Landeszeitung", 31. März) wörtlich folgendes:

„Der umfangreiche Lagerbetrieb erfordert bei einer gegenwärtigen Belegschaft von rund 800 Mann natürlich eine geordnete und übersichtliche Verwaltung. Deren Ausbau ist jetzt vollendet. Raum dazu war genug vorhanden. Er mußte nur entsprechend eingerichtet werden. Das ist nun geschehen. Aeußerlich und dem Betriebe nach möchte man sie als ein Mittelding zwischen Behörde, Garnisonschreibstube und kaufmännischem Büro bezeichnen. Ueberall wird in hellen, freundlichen Räumen emsig gearbeitet. Das Wichtigste ist das Zimmer des Lagerkommandanten. Hier läuft alles zusammen, und hier befindet sich das Museum, eine Sehenswürdigkeit für sich. Und nicht das allein. Dieses Museum erweist wie nichts anderes die Notwendigkeit des Lagers. Fangen wir mit der Literatur an. Lange Bücherreihen zeigen, wie der Marxismus von teils überzeugt-fanatischen, teils gewissenlosen Literaten hochgezüchtet wurde. *Einen großen Raum nimmt die beschlagnahmte Bibliothek der Klara Zetkin ein,* die, wie bekannt, in dem vor den Toren von Oranienburg liegenden Finkenwerder ihr Proletarierheim in Gestalt einer luxuriösen Villa besaß. Ein folgerichtiges Bild von der geistigen Entwicklung dieses argen Weibes, das zu guter Letzt noch den Deutschen Reichstag vor seinem unseligen Stechen durch die bekannte Alterspräsidentenkomödie schändete. Auch der Doktorbrief ihres Sohnes Maxim Zetkin wurde in der Villa geschnappt und ist ein historisches Dokument. Endlich ein großes, in etwas klobigem russischem Farbendruck hergestelltes Bild einer Sowjetsitzung in Moskau, das aber in der Darstellung der Gesichter von starker Charakteristik ist. Das Bild steht ungerahmt auf einem Schrank. Während der Lagerkommandant seine Erklärungen gab, fiel uns Klara Zetkin, die auf dem Bilde gut zu sehen ist, in aller Form „auf den Kopf". Sie erhielt aber alsbald ihren „Ehrenplatz" wieder. Zur literarischen Abteilung gehören auch Flugblätter und Handzettel in Massen. Die älteren mit ihrem bekannten Inhalt interessieren kaum noch. Desto mehr die neuen, die noch fortwährend, insbesondere durch Motorradstaffeln, abgeworfen werden und beweisen, daß der Kommunismus sich immer von neuem zu Wühlarbeiten aufzuraffen versucht.

Vervielfältigungsapparate sind schon viele beschlagnahmt und zieren das Museum. Es sind aber immer noch viele in Betrieb, und solche Dinger sind ja schnell wiederbeschafft."

*

Und so weiter. Dieser Schäfer ahnt gar nicht, welch guter Repräsentant des „dritten Reiches" er ist. Er hat nicht die geringste Hemmung, von der Bibliothek zu berichten, die man der alten, auch von ihren politischen Gegnern hochgeachteten Klara Zetkin gestohlen hat. Aber die Feststellung des Diebstahls genügt ihm nicht. Er muß die Tote noch beschimpfen; nicht nur sie, sondern auch ihren völlig unpolitischen Sohn, dessen Doktordiplom man als Siegestrophäe aushängt. Ueberflüssig zu sagen, daß die „luxuriöse Villa" ein einfaches Landhäuschen mit vier Zimmern war.

Es bedarf kaum noch irgend welcher Beweise. Ein Mensch demaskiert sich. Ein Sadist.

Man muß

Reich mir noch einmal dein Füßchen . . .!

In der in Kassel erscheinenden „Hessischen Landeszeitung" schmockt sich ein angeblich bekehrter „Revolutionär" über seinen Gesinnungswechsel aus:

„Ich brauche es Euch ja nicht zu sagen, aber es treibt mich. Ich muß es förmlich! Als ich zu Hause wegging, war ich Kommunist, heute bin ich überzeugter Nationalsozialist. Darum sage ich „Man muß dem Führer die Füße küssen".

Soll der Unglückliche tun, was er offenbar nicht lassen kann. Was wir Menschenfreunde als Wunsch ihm auf den Weg geben können, ist dies: daß Adolf sich vorher die Füße waschen möge!

Das „heroische" Ideal

(Randbemerkung zum Faschismus)

Wohlstand, Kultur und Tugend
Verfallen katastrophal:
Statt dessen lebt die Jugend
Ihr „heldisches Ideal".

Der Umgang mit dem Geiste
Bedingt Gehirn und Fleiß,
Und daß man etwas leiste,
Erfordert Müh' und Schweiß.

Das Leben des Heroen
Strengt lange nicht so an,
Das ist was für den rohen
Und dummen Muskelmann.

Wozu noch die Finesse
Im Weltanschauungsstreit?
Dem Feind eins in die Fresse
Erzeugt Belehrbarkeit.

Millionen müssen kuschen
Mit abgestelltem Gehirn,
Damit nur schrein und pfuschen
Die Helden der niedrigen Stirn.

Horatio.

Der Sorgenbrecher bricht

Das große Komiker-Sterben

Senta Söneland, Berlins kesseste, urwüchsigste Komikerin, zieht sich von der Bühne zurück, tritt nicht mehr auf und hat das der Presse mitgeteilt. Eins der gleichgeschalteten Blätter Berlins wagt zu dem Entschluß der berühmten Senta folgenden kritischen Kommentar:

Ein Sorgenbrecher weniger in Berlin, über das ein großes Komikersterben hereingebrochen ist. Max Adalbert ist nicht mehr, eben starb der alte Diegelmann. — für viele von gestern ist kein Platz mehr. — Der Berliner Humor muß durch eine Krise hindurch.

Wird euch allmählich Angst? Und denkt ihr ab und zu an den beliebten Komiker, der bei Ausbruch des „dritten Reiches" Selbstmord beging, weil Lachen und Leben in einer Despotie nur bitter sein können? Göbbels forderte kürzlich „mehr Heiterkeit", denn den braunen Oberbonzen wird die grimmige Stimmung des Volkes unbehaglich. Keine Sorge, es wird gelacht — wenn auch anders, als Isidor wünscht: der Witz hat sich von der gefesselten, bespitzelten, zensurierten Bühne anonym unters Publikum geflüchtet: Zorn und Verachtung waren noch immer die Quellen der schärfsten Satire.

Lutschbonbon und Filzpantoffeln

Schutz der nationalen Symbole

Der „Deutsche Reichsanzeiger und Preußische Staatsanzeiger" Nr. 45 vom 22. Februar veröffentlicht eine weitere Serie von Entscheidungen, die auf Grund des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole vom 19. Mai 1933 gefällt worden ist. Wir entnehmen dieser Veröffentlichung, daß u. a. für zulässig erklärt wurden:

Zelluloidtürschilder auf rotem Untergrund, die Aufschrift in weißen Buchstaben: Deutsch sei der Gruß Heil Hitler;

Uhren mit den vier Anfangstönen des Horst-Wessel-Liedes als Halbstunden-Schlag.

Für unzulässig wurden dagegen u. a. folgende Fabrikate erklärt:

Gummilutschbonbons in Hakenkreuzform.

Glückwunsch und Beileidskarten mit Hakenkreuz.

Stehaufmännchen, SA.-Mann darstellend.

Postkarten mit Abdruck der Lieder: „Volk ans Gewehr" und „Deutschland, erwache" umrahmt von einem SA.-Mann und einem Stahlhelmer, außerdem verziert mit Hakenkreuzfahne oder Hakenkreuz mit aufgehender Sonne, Eichenlaub und schwarzweißrotem Band.

Filzpantoffeln einfachster Art, deren Tuchbrandsohle in von hellbraunen Streifen umrahmte Quadrate von je 4 Quadratzentimeter Fläche zerfällt. In jedem Quadrat befindet sich ein dunkelbraunes Hakenkreuz.

Zeit-Notizen

Amerikanische Filmgesellschaften scheiden

Aus dem Verbot des Marlene-Dietrich-Films „Das hohe Lied" und des Films „Männer um eine Frau" (mit Max Baer, dem Besieger Schmelings, in der Hauptrolle) haben Fox-Film und Universal-Film bereits praktische Konsequenzen gezogen. Die europäischen Vertretungen beider Filmgesellschaften wurden von Berlin nach Paris verlegt. Auch die Metro-Goldwyn-Mayer ist eben dabei, die Verlegung durchzuführen.

Der Dank an Marlene

Der Film „Das hohe Lied", mit Marlene Dietrich in der Hauptrolle, ist für Deutschland verboten worden, weil in dem Film ein deutscher Offizier vorkommt, der ein Mädchen verführt. Marlene Dietrich stiftete bekanntlich für das Winterhilfswerk einen Betrag von 500 Dollar.

Intelligenz suspekt

„Observer" schreibt zur „Krise der deutschen Presse": Intelligenz in Nazi-Deutschland ist verdächtig; wer sie besitzt, macht sich der Sympathie mit dem früheren Regime verdächtig. Die Nazi-Partei ruft auf, eine Presse zu schaffen, die von „SA.-Geist" beherrscht sei, und sie hat damit einen solchen Erfolg, daß die Deutschen diese Presse nicht zu lesen wünschen."

Friedensmusik

Im deutschen Musikalienhandel sind folgende Neuheiten erschienen: „Hitler ruft! Kampflied der Nationalsozialisten"; „Ein Landsknecht wollte saufen gehen"; „Ganz Deutschland hält die Wacht"; „Alldeutschland"; „Märsche und Signale der deutschen Wehrmacht".

Herr X liefert Bürgerkriege

Von Heinrich Jordan

Gegen Ende 1918 kam der Russe X. auf der Flucht vor den Wirren seines Landes nach Lüttich. Einige Zeit schleppte er auf seinem Rücken die Last eines mühsamen Emigrantendaseins. Manchmal hatte er zu essen, meist aber nicht; er tat jede Arbeit, die sich ihm bot. Mit einem Male ging es ihm besser. Zum Erstaunen seines Hotelwirts vermochte er pünktlich zum Termin seine Rechnung zu bezahlen. Die Herkunft seiner finanziellen Mittel war ein wenig unklar. Die Polizei hatte ein Auge auf den Mann, da sie ihn verdächtigte, Schmuggel mit Tabak oder Aehnlichem zu treiben. X. wäre nur einer der zahllosen Schmuggler mehr gewesen, die in der Umgegend von Lüttich ihr Unwesen treiben, begünstigt durch die einzigartige Lage der Stadt; nach Holland, Deutschland, Luxemburg ist nur ein Katzensprung, um die französische Grenze zu erreichen, braucht man höchstens zwei Stunden.

X. fährt heute in einer luxuriösen Packardlimousine. Er besitzt ein Büro und ist Direktor einer mysteriösen Gesellschaft zur Finanzierung von Bauarbeiten. Nach der Zahl der abgewickelten Geschäfte zu schließen, müßte die Unternehmung herzlich schlecht gehen und könnte unmöglich zum Ankauf des Packardwagens beigetragen haben. Die Büros sind trotzdem imposant, sachlich luxuriös. Leider ist der Chef niemals anzutreffen. Eine Greta-Garbo-Imitation von Sekretärin erklärt auf eine Anfrage müde lächelnd: „Der Herr Direktor ist auf einer Geschäftsreise." „Der Herr Direktor kommt diese Woche nicht ins Büro."

X. beschäftigt sich nicht mit Spionage, wie man leicht glauben könnte, da nämlich Lüttich als Einfallstor von vier Grenzen eines der Hauptzentren der europäischen Spionage ist. X. hatte lediglich damals, als er Tabak im Rucksack über die Grenze schaffte, eine Idee gehabt. Es war kurz nach dem Abschluß des Versailler Friedens, in dem Deutschland auferlegt worden war, sein gesamtes Kriegsmaterial zu zerstören. Die Waffenhändler witterten darin ein Geschäft: was rechtzeitig über die Grenze ins Ausland geschafft ist, entgeht der Kontrolle und der Zerstörung. Und so schoben sie ganz beträchtliche Mengen von Kriegsmaterial nach Holland, Belgien, Dänemark usw. Hier wurden die Waffen teils in Verstecken eingelagert, teils weiter verkauft. X. fand rechtzeitig Anschluß an dieses Geschäft. Vor allem aber hatte er bald einen Einfall, wie man die geschmuggelten Waffen kommerziell günstig verwerten könnte. So wurde er „Direktor" einer Unternehmung, die ihre Fühler in allen Erdteilen hat. Er handelt heute nicht mehr mit den halbverrosteten Schmuggelwaffen, sondern kauft gleich in den Lütticher Waffenwerken in großen Mengen Kriegsmaterial ein. X. hat erfaßt, daß seine Mittel ihm nicht gestatten, mit den Matadoren der Todesindustrie, Schneider-Creuzot, Vickers-Armstrong usw. zu konkurrieren. Er verlegte sich somit nicht schlechthin auf den Krieg, sondern bescheidener auf den Bürgerkrieg. Er wurde dessen großer Kriegsverdiener. . . . .

In die Abteilung Bürgerkrieg fällt jede Meuterei, nationale Aufstandsbewegung. Entscheidend ist nur das Geschäft. Ist die revolutionäre Gesinnung etwa zu schlapp, so wird nachgeholfen. X. und die dunkle Maffia, die er heute kommandiert, fabrizieren auch den nötigen Kampfgeist. Ein hinreißend redender Lockspitzel kann die Flammen der Begeisterung aus den Massen aufschlagen lassen. Oder es gelangt ein noch einfacheres Mittel zur Anwendung: X. beliefert die feindlichen Parteien gleichzeitig mit Waffen. Die Gewehre gehen dann von selber los. Kurz, ist keine Lust zum Bürgerkrieg da, so wird sie eben geschaffen. So war das vor etlichen Jahren in Venezuela. Das Geheimnis des langen Widerstandes, den Abd-el-Krim den französischen Kolonialtruppen entgegensetzte, waren seine guten Beziehungen zu den Lütticher Waffenschmugglern. Die skrupellose Unmoral dieses Geschäftes wird an einem anderen Fall besonders deutlich. X. lieferte durch Vermittlung portugiesischer Strohmänner vor einigen Jahren ungeheure Mengen belgischer Waffen nach Belgisch-Kongo an die Aufständischen von Kwango. So fielen also belgische Soldaten unter belgischen Kugeln und die Dividenden flossen in die Taschen des Herrn X. und der Aktionäre der Lütticher Waffenwerke. X. hat die revolutionären Eruptionen im Irak unterstützt, er macht aus Persien einen Herd der Unruhe und China ist für ihn schon seit Jahren ein fortdauernd gutes Geschäft.

Gegenwärtig konzentriert sich die Tätigkeit des Waffenschmuggels auf zwei Länder: das ist Ethiopien und Frankreich. Jawohl Frankreich. Vor wenigen Tagen erst entdeckte die Polizei das beträchtliche geheime Waffenlager. Die Fabrikmarke ist Lüttich. Nicht umsonst hatte der französische Abgeordnete Bergery erklärt, daß Frankreich dieses Jahr im Chaos eines Bürgerkrieges beschließen werde. Zwei Parteien kämpfen um die Macht: die äußerste Linke und die äußerste Rechte. X. beliefert die einen wie die anderen. Jeden Tag kommen auf den Flußwegen, den Kanälen oder über wenig bewachte Grenzpfade die Waffen ins Land. X. hatte das gleiche schon einmal getan: als er vor Jahren zugleich die Kommunisten und die Nationalsozialisten in Deutschland mit Kriegsmaterial versorgte.

Man wird sich fragen, was die Behörden gegen den verbrecherischen Schmuggel unternehmen? Sie unternehmen nichts. Sie wissen von nichts. Uebrigens ist Waffenhandel ein erlaubtes Gewerbe. Jedermann hat das Recht, in der Waffenfabrik von Lüttich Bestellungen vorzunehmen. X. gibt Order für 20 000 Gewehre für Schanghai — aber sie gehen auf dem Schmuggelweg nach Marseille. Er besitzt in der Nähe von Lüttich in unbewohnter Gegend ein Lagerhaus. Da geschieht die Umladung. Die Waffenfabrik hat mit Schanghai ein ausgezeichnetes Geschäft gemacht. Der Rest geht sie nichts an. Arbeiter haben Arbeit bekommen und die Aktionäre erhöhte Dividenden. So blüht das Geschäft mit dem Tode. . . . .

Die zehn intelligentesten Tiere

Dr. Redblair, der Direktor des Neuyorker Zoos, eine der größten Autoritäten auf dem Gebiete des Studiums der Tierpsychologie, hat die Reihenfolge der zehn intelligentesten Tiere der Welt aufgestellt. Das klügste Tier ist der Schimpanse, dann folgen Orang-Utan, Elefant, Gorilla, Hund, Biber, Pferd, Seelöwe, Bär und Katze. Der Schimpanse ist als erster aus dem Wettbewerb hervorgegangen, weil er aus eigener Initiative, um zu einer hochhängenden Bananenstaude zu gelangen, zwei Stühle aufeinander stellte und heraufkletterte. Groß ist die Lernfähigkeit des Elefanten, und zwar nicht nur in der Jugend, sondern auch bis ins hohe Alter hinauf. Ein Elefant des Neuyorker Zoos hat herausbekommen, daß die Besucherzahl am Sonntag bedeutend höher ist, als an den anderen Wochentagen und legt sich ständig einen Teil des am Sonntag erbettelten Futters für die kommende Woche zurück. Experimente mit Katzen, Hunden und Affen zeigten, daß die Affen bedeutend intelligenter im Erfassen neuer Situationen sind, während die Hunde sich wiederum gut trainieren lassen und durch häufiges Training die ihnen zugedachte Aufgabe erfüllen. Seelöwen haben eine beachtliche Gedächtnisfähigkeit, während Bären eine eitle Gesellschaft sind, die immer auf den Applaus der Betrachter warten.

Der jüngste Tag

Aber siehe! Kaum floh der Tag,
Kaum wich der Abend von dannen,
Als im Lande mit einem Schlag
Posaunen zu tönen begannen.
Erde und Himmel begannen zu beben,
Zeichen und Wunder sich zu begeben.

Wehe! Die Gräber öffneten sich!
Durch Katakomben und Grüfte
Ging ein grausames Rumoren. Es strich
Verwesungsgeruch durch die Lüfte.
Dann entstiegen, Würmer im Magen,
Die Toten ihren Sarkophagen!

Tote Krieger sah man erstehn
In ihren alten, treuen
Waffenröcken; im Grab sich drehn,
Begann Prinz Eugen von Savoyen.
Tote Politiker in Legionen
Kamen mit toten Traditionen.

Und aber siehe! Auch sonst geschah,
Was in der Schrift prophezeiet:
Rings im Lande nämlich sah
Man Getier verstreuet
Und — o Wunder —: Löwen mit Schafen
Arm in Arm sah friedlich man schlafen!

Panther, geschneckelte Lämmer — kein Witz —:
Gingen in Freundschaft zur Weide,
Steidle umarmte den Lippowitz
Und sie weinten vor Schmerzen und Freude,
Schluchzend begrüßten die Bären und Rinder
Starhemberg äste neben Klebinder.

Wehe! Geschieden ward Schaf von Bock,
Zerstampft die gottlose Sippe.
Sepp Nagelschuh und Schmock Nagelstock
An einer Futterkrippe
Beteten: Ich lob' deinen Namen.
Erlöf' uns vom größeren Uebel. Amen.

Jura.

Treppenwitz des Wolkenkratzers

Drei Männer fuhren nach Neuyork, um das moderne Babylon kennenzulernen.

Sie nahmen sich ein Zimmer im Mammut-Hotel. Aber aus Knauserei im 76. Stock: herrliches Gebirgsklima, Aussicht auf den Atlantik, und die Milchstraße kann in den Morgenkaffee getröpfelt werden.

Als die drei Männer, satt von allen Freuden, nachts wieder zu ihrem Hotel kamen, starrten sie an dem Bauwerk hinauf, wie Ameisen an einer Telegrafenstange und priesen die Errungenschaften der Technik! . . . .

Drinnen aber empfing sie der Portier mit der Nachricht, daß die Fahrstühle leider Betriebsstörung hätten. Er bedauere unendlich! Aber die Herrschaften müßten sich schon zu Fuß hinaufbemühen. Nach dem 76. Stock!

Da faßten die drei Männer den schwersten Entschluß ihres Lebens und gingen auf die Treppe zu.

Um sich bei dem entsetzlichen Anstieg die Zeit zu vertreiben, machten sie ab: bis zum 30. Stock sollte der erste von ihnen Witze erzählen; von da bis zum 60. Stock sollte der zweite Hochlandlieder singen; und den Rest sollte der dritte mit guten Schauergeschichten ausfüllen.

Gesagt, getan. Der erste erzählte Witze, bis ihm die Luft ausging. Dann begann der zweite keuchend zu singen und jodelte bis zum 60. Stock hinauf.

„Schieß los mit deinen Schauergeschichten!" riefen sie jetzt zum dritten, der bereits eine gewisse Nervosität merken ließ.

„Gott sei Dank, daß ich drankomme!" rief dieser: „Ich weiß eine furchtbare Schauergeschichte — und sie ist wirklich wahr: Kinder — ich hab den Zimmerschlüssel unten beim Portier vergessen . . . ."

„Man braucht sich nicht zu wundern" . . .

Fernstrahlung oder – Todesstrahlung?

Den Ingenieuren der Versuchsanstalt für Fernstrahlung ist es gelungen, eine Fernschweißapparatur zu konstruieren, mit welcher man Fernschweißungen von Eisen oder Stahl in größerer Entfernung, ohne irgendeine Leitungsverbindung vornehmen kann. Bei den gezeigten Versuchen wurden zuerst Eisenbahnschienen auf Schwellen geschweißt, ohne daß der Verkehr unterbrochen wurde. Bei der nachträglichen Besichtigung konnte man feststellen, daß eine elektrische Punktschweißung oder eine Autogenschweißung nicht besser sein konnte.

Als zweiter Versuch wurde ein alter eiserner Gasometer von etwa 24 Meter Höhe zerlegt, und zwar ohne jeglichen Gerüstanbau und ohne Hilfskräfte, lediglich von der Apparatur, welche etwa 60 Meter entfernt stand. Die Apparatur wurde von zwei Ingenieuren bedient, von denen der eine den Schweißpunkt nach einem Spiegelbild des Gasometers, das im Apparat zu sehen war, einstellte und der andere die Energiesteuerung überwachte. Meterlange Träger stürzten herab wie Holzstäbchen, so daß nach 60 Minuten nur noch die zerbröckelten Mauerreste mit den Ballonhülsen zu sehen waren. Ueber die technischen Einzelheiten der Apparatur konnte man nichts erfahren."

So könnte der Bericht eines Berichterstatters lauten, wenn er dabei gewesen wäre.

Wenn es der Laie lesen würde, könnte er sagen, es sei eine technische Errungenschaft, die den Arbeitern das Brot kürzt.

Nein, das sind die Todesstrahlen.

Im Jahre 1926 wurden in Deutschland Versuche mit Todesstrahlen unternommen. Der angebliche Erfinder wurde als Schwindler entlarvt. Es war der Mann, der seine Erfindung einmal in Deutschland und dann auf der Ueberfahrt nach Amerika noch zweimal verkaufte. Er hat eine geringe Strafe erhalten.

Die von dem angeblichen Erfinder gemachten Versuche müssen aber doch wohl eine technische Grundlage gehabt haben, denn die Firma, die zuerst im Auftrage des Erfinders gearbeitet hat, hat später die Versuche fortgesetzt. Ueber die Ergebnisse sind aus Staatsgründen keine Patente erteilt oder veröffentlicht worden.

In den folgenden Jahren gelangten des öfteren Notizen in die Tagespresse, wonach der eine oder der andere Wissenschaftler, angeregt durch die ultrakurzen Wellen, bestimmte Erfolge mit den Todesstrahlen (es wurden Mäuse, Hunde, Ochsen usw. getötet) erzielen konnte. Die Oeffentlichkeit nahm Kenntnis von den Richtstrahlern der öffentlichen Kurzwellensender, die die ausgestrahlte Energie auf einen bestimmten Erdkreis legen und nahm diese Neuheiten als technische Errungenschaft hin.

Von den Versuchen der ersten Firma hat die Oeffentlichkeit nichts mehr gehört, da sie auf bestimmten Wunsch hin es vorgezogen hat, zu schweigen und die Welt im gegebenen Moment zu überraschen.

Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn lautlos Brücken einstürzen, Häuser mit Eisenträgern in sich zusammenfallen, Eisenbahnschienen sich von den Schwellen lösen, Funkmaste wie Streichhölzer zerbrechen, Flugzeugmotore auseinander fallen, Geschützrohre zerschweißt werden, Munitionsdepots in die Luft gehen, Menschen an Herzmuskellähmung sterben usw. usw.

Das sind die Todesstrahlen in ihrer praktischen Auswirkung!

Ing. Sp.

Sechs Schlangen gestohlen

Aus dem Terrarium des Zoologischen Gartens von Neuyork sind auf unerklärliche Weise sechs Schlangen gestohlen worden. Es ist den Wärtern vollkommen unverständlich, wie diese Tiere, von denen das größte zweieinhalb Meter lang war, unbemerkt aus den obendrein noch vergitterten Glaskästen geraubt werden konnten. Noch unerklärlicher ist es aber der Kriminalpolizei, die mit dieser Angelegenheit befaßt wurde, was für ein Mensch daran Interesse haben könnte, sechs Schlangen zu stehlen. Der erste Verdacht, daß der Dieb es auf die Schlangenhaut zur Verarbeitung für Schuhwerk usw. abgesehen habe, scheint nicht stichhaltig zu sein, da die Häute dieser Schlangenarten kaum zur Verarbeitung geeignet sind.

Der Glöckner von Notre Dame

Die berühmten Glocken von Notre Dame haben den Parisern das Osterfest von 1934 zum erstenmal elektrisch eingeläutet. Bisher haben aber nur die sogen. vier „kleinen Glocken", die aber auch noch das respektable Gewicht von etwa 2000 Kilogramm bis hinunter zu 1000 Kilogramm haben, elektrischen Anschluß bekommen. Noch ist der berühmte „Quasimodo", der Glöckner von Notre Dame, nicht arbeitslos. Die Hauptglocke, genannt „Emanuel", muß noch mit der Hand geläutet werden. Aber ihre 16 000 Kilogramm brauchen die starken Fäuste von acht Glöcknergehilfen, um sie in wohltönende Schwingungen zu setzen. Selbst die meisten Pariser werden nicht wissen, daß diese große Glocke recht schweigsam ist und seit dem Kriege nur am Waffenstillstandstag in jedem Jahr geläutet wurde.

Eine mitfühlende Seele. Richter: „Und warum sollen Ihnen mildernde Umstände zugebilligt werden? Es ist doch nicht einmal Ihr erstes Vergehen!" Angeklagter: „Gewiß, aber es ist der erste Prozeß, den mein Verteidiger führt!"

Entscheidung der holländischen Sozialisten

Gegen das „dritte Reich": Zur Not mit Waffengewalt!

Amsterdam, 4. April 1934.

Vom Samstag bis Dienstag fand in Utrecht der Parteitag der holländischen Sozialdemokratie statt. Diese Tagung wurde in vieler Hinsicht zu einem markanten Meilenstein in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Zunächst nahm die holländische SDAP. eine bemerkenswerte Verjüngung ihrer Führung dadurch vor, daß an Stelle des aus Altersgründen zurückgetretenen Parteivorsitzenden Oudegeest der knapp 40jährige Koos Vorrink, der der Führer der jüngeren Generation war, zum Parteivorsitzenden gewählt wurde. Um den Kampf für die Sozialisierung in ein akutes Stadium zu bringen, wurde beschlossen, ein entsprechendes Aktionsprogramm aufzustellen. Am bemerkenswertesten von der gesamten Tagung ist jedoch ein mit riesiger Mehrheit gefaßter Beschluß, der die Stellungnahme der Partei zur Wehrfrage revidiert.

Obwohl die holländische Arbeiterpartei aus jahrzehntelanger Tradition zum unbedingten Pazifismus neigt und die unbestrittene Wortführerin der niederländischen Antimilitaristen ist, wurde nach tagelanger Beratung eine Resolution angenommen, die eine ausgesprochene Kampfansage gegen Hitlerdeutschland ist und zum Ausdruck bringt, daß die holländische Arbeiterschaft entschlossen ist, den Kriegsabsichten des „dritten Reiches" zur Not mit Waffengewalt zu begegnen.

Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Nach den großen Veränderungen von 1933, durch die Deutschland erneut ein Herd von Kriegsgefahren geworden ist, während die frühere mächtige deutsche Arbeiterbewegung als Friedensfaktor ausgeschaltet wurde, ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Arbeiterbewegung in den Ländern, wo sie noch die notwendige Bewegungsfreiheit besitzt, einer gemeinsamen Marschroute folgt, um den Kriegsgelüsten faschistischer Regierungen eine starke Front entgegenzustellen.

Der Parteitag beschließt deshalb, daß die Partei im Falle einer drohenden Kriegsgefahr an einer internationalen Aktion der Arbeiterschaft teilnimmt, um mit allen Kräften dazu beizusteuern, daß die Regierungen zu einer friedlichen Lösung entsprechend dem Völkerbundspakt und dem Kelloggpakt gelangen. Falls alle politischen und parlamentarischen Maßnahmen zu keinen Ergebnissen führen, wird das Land, dessen Regierung sich der friedlichen Lösung entzieht, als Angreiferstaat betrachtet. In diesem Land hat dann die Arbeiterbewegung ihre äußersten Kräfte einzusetzen, wozu unter anderem der Generalstreik gehört, während die Arbeiterbewegung der anderen Länder gegen den Angreiferstaat den Boykott verhängt."

Ein weiterer Abschnitt dieser Resolution nimmt dann die Einziehung von zwei Beschlüssen früherer Parteitage vor, durch die den Parlamentsfraktionen der Partei die Verpflichtung auferlegt worden war, gegen den Wehretat zu stimmen und die nationale Entwaffnung zu fordern.

Die im tiefsten Grunde antimilitaristische holländische Arbeiterschaft hat damit zum Ausdruck gebracht, daß man gegenüber einem so hemmungslosen Gegner wie dem deutschen Faschismus auch zur Not zu Abwehrmaßnahmen greifen muß, deren Anwendung unter normalen Umständen leidenschaftlich abgelehnt wird.

Oesterreichs faschistische Verfassung

Die republikanische Verfassung Oesterreichs, die der gegenwärtige Bundespräsident Miklas und alle Minister der Regierung Dollfuß unter Anrufung Gottes beschworen haben, schreibt zwingend vor, daß Verfassungsbestimmungen nur durch Beschluß der Zweidrittelmehrheit des Nationalrates geändert werden dürfen. Bei einer Gesamtänderung der Verfassung muß überdies das ganze Bundesvolk in einer Volksabstimmung befragt werden. Ueber all diese zwingenden Bestimmungen der Verfassung setzt sich die österreichische Diktaturregierung in der geplanten neuen Verfassung hinweg. Und diese Regierung, die einen hochverräterischen Staatsstreich begeht, wagt es, die sozialdemokratischen Führer wegen Hochverrates zu verfolgen und in Haft zu halten!

So offen hat sich noch keine faschistische Regierung über den Willen des Volkes hinweggesetzt! Selbst Mussolini ließ eine Volksabstimmung über die faschistische Verfassung vornehmen. Die Nazi-Herren in Deutschland ließen die grundstürzenden Reformen im Aufbau des Reiches formell vom Reichstag beschließen. Herr Dollfuß fragt das Volk überhaupt nicht, und sei es auch nur in einer Scheinabstimmung, denn die Diktaturregierung ist auch sechs Wochen nach dem blutigen Sieg über die Arbeiter, nach sechs Wochen weißen Terrors viel zu schwach, als daß sie auch nur eine Scheinabstimmung unter Zwang wagen könnte.

*

Diese Schwäche und Unsicherheit der Diktaturregierung ist auch die Leitlinie der neuen Verfassung. Das Volk darf überhaupt keine Gelegenheit bekommen, seine Meinung zu äußern, denn jede derartige Meinungsäußerung würde Dollfuß bis auf die Knochen blamieren. Darum gibt es überhaupt keine Wahlen mehr. Die neue Verfassung kennt nur ernannte Körperschaften. Ihrer gibt es um so mehr, da die Zahl der antimarxistischen und faschistischen Politiker, die von der Diktatur versorgt werden wollen, sehr groß ist. Da soll es einen „Staatsrat" von 40 bis 50 ernannten Personen geben, daneben einen „Kulturrat" für Erziehungs- und Kulturfragen — ebenfalls 30 bis 40 Ernannte, vor allem Vertreter der Religionsgemeinschaften — daneben einen „Wirtschaftsrat", der Vorläufer eines „Ständerates" sein soll, und schließlich einen „Länderrat", in dem je zwei Vertreter aller Bundesländer sitzen sollen. Alle diese Körperschaften haben überhaupt keine Befugnisse; sie haben nur Gesetzentwürfe, die ihnen die Regierung vorlegt, zu begutachten. Ihre Beratungen sind nicht öffentlich. Die „Gesetzgebung" soll vom „Bundestag" ausgeübt werden. Aber sein Gesetzgebungsrecht wird nur die Karikatur einer wirklichen Gesetzgebung sein. Der „Bundestag" darf nicht öffentlich beraten, er darf keine Anträge stellen, er darf an den Regierungsvorlagen keine Aenderungen vornehmen, er hat lediglich das Recht, die Gesetze anzunehmen oder abzulehnen. Da alle Mitglieder dieses sonderbaren Parlaments von der Regierung ernannt und abhängig sein werden, wird also das „Gesetzgebungsrecht" des „Bundestages" nur darin bestehen, zu allem Ja und Amen zu sagen.

Dabei kann die Regierung, wenn es ihr beliebt, selbst diesem Scheinparlament alle Befugnisse entziehen. Die neue Verfassung räumt der Regierung das uneingeschränkte Recht ein, gesetzesändernde Verordnungen zu erlassen, also sich selbst das Recht der Gesetzgebung anzumaßen. Nicht einmal das Staatsoberhaupt muß solchen Notverordnungen zustimmen. Das Staatsoberhaupt bekommt als Ostergeschenk ein eigenes Notverordnungsrecht: es kann durch eine Verordnung Teile der Verfassung abändern! Ein so schrankenloser Absolutismus hat im letzten Jahrhundert in keinem europäischen Staat bestanden!

*

Volksrechte gibt es überhaupt keine mehr. Eine Volksabstimmung wird zwar vorgesehen, aber in Wirklichkeit kommt ihr keine Bedeutung zu. Die Regierung kann Gesetze, die vom „Bundestag" verworfen worden sind — das wird niemals der Fall sein —, dem Volk zur Abstimmung vorlegen; außerdem hat die Regierung das Recht, prinzipielle Fragen dem Volk zur Entscheidung vorzulegen. Offenbar denken die österreichischen Diktatoren an „Abstimmungen", wie sie Hitler am 12. November veranstaltet hat. Dieses „Mitbestimmungsrecht" des Volkes ist nichts als hohler Aufputz!

Offenbar soll der Volkswille auch bei der Bestellung des Bundespräsidenten ausgeschaltet sein. Der Bundespräsident, dessen Befugnisse über die absoluter Monarchen weit hinausgehen, soll auch nicht mehr gewählt werden. Wie sich die österreichischen Verfassungskünstler die Bestellung des Staatsoberhauptes vorstellen, haben sie noch nicht verraten. Sie denken wohl eher an die Einsetzung eines Reichsverwesers, eines Platzhalters für einen Habsburger. Denn Oesterreich, das bisher in seinem offiziellen Titel den Namen „Republik" geführt hat, soll nun nicht mehr Republik heißen, sondern nur „Bundesstaat" oder „Oesterreich". Keine Republik mehr — denn jetzt wird der letzte Rest republikanischer Einrichtungen aus Oesterreich vertrieben und jeden Tag soll die Möglichkeit bestehen, aus dem christlichen „autoritären" Oesterreich eine Monarchie zu machen!

*

Darum werden auch die Grundrechte der Staatsbürger so radikal als nur möglich verkürzt. Sie sind bisher in Oesterreich durch ein Gesetz aus dem Jahre 1867, also aus der Zeit der halbabsolutistischen Monarchie, geregelt gewesen. Dieses Gesetz wird nun rückwärts revidiert. Die Preßfreiheit, die in Oesterreich ohnedies nur mehr auf dem Papier steht, wird völlig zerstört; die neue Verfassung wird bestimmen, daß durch ein einfaches Gesetz, also in Praxis durch eine Verfügung der Regierung, die Vorzensur für Zeitungen eingeführt werden kann. Vorzensur ist auch für Theater, Rundfunk und Kino vorgesehen. Die übrigen Rechte der Staatsbürger, wie vor allem das Recht des Schutzes gegen willkürliche Verhaftung, das Briefgeheimnis und andere wichtige Grundrechte, die in allen zivilisierten Ländern selbstverständlich sind, können nach der neuen Verfassung durch einfache Gesetze aufgehoben werden! Alle klerikalen Wünsche werden in der neuen Verfassung erfüllt: die Glaubens- und Gewissensfreiheit wird entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages eingeschränkt, ja beinahe völlig aufgehoben. Das Konkordat mit dem Papst wird in die neue Verfassung eingebaut. Die völlige Entrechtung des österreichischen Volkes vollzieht sich im Zeichen frommen Christentums.

Es ist eine urreaktionäre, ins Mittelalter zurückführende klerikal-faschistische Verfassung, die dem österreichischen Volk aufgezwungen wird — aufgezwungen unter offenem Bruch all dessen, was in Oesterreich bisher Recht und Gesetz war, eine Verfassung, die gegen den Willen von mehr als Zweidritteln des ganzes Volkes erlassen wird. Aber eine solche dem Volk aufgezwungene Verfassung wird schließlich nichts anderes sein als ein Fetzen Papier!

Zum Kotzen!

Vor den Mitgliedern der Medizinischen Gesellschaft in Leipzig teilte Dr. Bünger-Prinz mit:

„In Konzentrationslagern sind psychische Erkrankungen besonders komplizierter Art festgestellt worden." Als Beispiel führte dieser scheinbar Ahnungslose den Fall eines 34jährigen Schmieds an, der im Konzentrationslager von einer lähmenden Niedergeschlagenheit befallen worden sei, die unmittelbar nach erfolgter Freilassung geheilt war. Ein anderer Gefangener war während der politischen Radiovorträge das Opfer einer besonderen Krise. Er mußte sich übergeben....."

Emigrantenhilfe in England

Zu einer Konferenz am 27. März traten in London alle Organisationen zusammen, die in der jüdischen und zionistischen Flüchtlingshilfe tätig gewesen sind. Die Konferenz fand unter dem Motto der Einleitung einer neuen Sammlung für die deutschen Juden statt, und es nahmen an ihr sehr bedeutende Persönlichkeiten des englischen politischen Lebens wie der ehemalige Vizekönig von Indien, Lord Reading, teil. Der Central British Fund, die Organisation, in der alle jüdische Sammlungen für die Flüchtlingsfürsorge und die in Deutschland verbliebenen Juden zusammengefaßt worden waren, hat zu dieser Konferenz einen recht aufschlußreichen Bericht veröffentlicht, aus dem wir einige Angaben hier festhalten.

Die Größe des Unglücks, das durch die Hitlerbewegung die deutschen Juden betroffen hat, ist heute bei weitem nicht überall richtig erkannt. Allgemein hat sich aber die Ueberzeugung gebildet, daß die hierdurch aufgeworfenen Probleme — und das gilt ebenso für die nichtjüdischen Emigranten — nur durch ein internationales Zusammenwirken gelöst werden können. Aus diesem Grunde ist auch das Oberkommissariat unter der Anregung des Völkerbundes geschaffen worden, dessen Verwaltungsrat die Vertreter von 15 Staaten angehören.

Die internationale jüdische Sammlung, die in England im Mai 1933 unter dem Vorsitz von Lord Reading, Professor Weizmann, Lionel de Rothschild, Dr. Hertz und Dr. Sokolow eingeleitet wurde, hat bis Ende Februar den Betrag von 204 623 Pfund erbracht. Die Verwaltung der Mittel erfolgte durch eine besondere Kommission des Central British Fund, in dem die verschiedenen weltanschaulichen und politischen Richtungen vertreten sind. Die großen zionistischen Organisationen haben in der Zeit der Sammlungen für die einheitliche Hilfsaktion zur Vermeidung von Zersplitterungen ihre besondere Werbung für den „Keren Hajessod" eingestellt. Da die Not und die Bedürfnisse gewaltig waren, wurde beschlossen, die Mittel möglichst nur zu konstruktiven Zwecken zu verwenden.

Die Einwanderungssperre der meisten Länder machte die Unterbringung der aus Deutschland Vertriebenen wesentlich schwieriger als es bei früheren Auswanderungen der Fall gewesen war. In England wurde von dem dort geschaffenen Hilfskomitee die berufliche Umschulung und die Weiterreise der Flüchtlinge in Angriff genommen. Nur einer bescheidenen Zahl konnte mit Zustimmung des Arbeitsministers die Erlaubnis zu einem Erwerb in England verschafft werden.

Für Universitätsprofessoren und Dozenten, die aus ihrer Lehrtätigkeit verjagt waren, zeigte sich besonders lebhaftes Mitgefühl. Zwei Sonderkomitees bemühen sich, ihnen durch Aufbringung von Stipendien zu ermöglichen, an Universitäten, Krankenhäusern, Laboratorien tätig zu sein.

Die Hilfsarbeit außerhalb Englands wurde in enger Verbindung mit dem American Distribution Committee (Joint) durchgeführt. In Deutschland selbst wurden für Auswanderung und Heimbeförderung 40 000 Pfund aufgewandt, für den Aufbau des jüdischen Schulwesens 20 000 Pfund.

Zur Unterstützung der Hilfsarbeit in Frankreich wurden vom Central British Fund 18 000 Pfund und eine noch höhere Summe vom Joint Distribution Committee bereitgestellt, die zur Schulung, Ansiedlung und Weiterwanderung bestimmt waren. Hiernach sind bisher mehr als 3 Millionen Franken aus England beigesteuert worden. Die Lage in Paris hat nach dem Bericht der Leitung des Central British Fund besonders schwere Sorgen bereitet (die unsere Leser auf Grund der früheren Darlegungen verstehen werden). Zur „Unterstützung der Comite National in seiner außerordentlich schwierigen Aufgabe war besonders mühsame und zeitraubende Arbeit notwendig".

In Holland wurden Einrichtungen für landwirtschaftliche und handwerkliche Schulung unterstützt, kleinere Beihilfen auch für Belgien, Oesterreich, die Tschechoslowakei, Estland, Polen und Portugal ausgegeben.

In Palästina wurden große Mittel für den Wohnungsbau in landwirtschaftlichen Siedlungen und für landwirtschaftliche und industrielle Umschulung verwandt. Für die Ausbildung von Mädchen in Haushalt und Landwirtschaft, für Kinderfürsorge und die Anstellung von Dozenten an der Universität in Jerusalem und der Handelsschule und dem Technikum in Haifa wurden weitere Summen ausgegeben. Daß daneben der Central British Fund auch zu den Kosten des Oberkommissariats einen Beitrag von 3750 Pfund geleistet hat, wurde hier schon kürzlich erwähnt.

Als Zukunftsaufgaben wurde in dem Bericht hervorgehoben, daß die Notlage im Jahre 1934 voraussichtlich noch schwerer als im abgelaufenen Jahre sein werde. Die Auswanderung und Umschulung fordere weiter große Mittel, daneben die Erhaltung kultureller Einrichtungen in Deutschland. Ebenso werden namhafte Mittel nötig sein, um die in Frankreich und in anderen Ländern befindlichen Emigranten seßhaft machen zu können.

W. A. K.

Die geheimen Schwestern

Prügelt sie ein wenig!

In großer Aufmachung druckt das Dortmunder Naziblatt „Rote Erde" folgendes Schreiben ab:

Dortmund, den 15 März 1934

Gel. Obr. 1. Unsere Ordensgruppe feiert am Sonnabend, den 24. März d. J., 18 Uhr ein

Schwesternfest

wozu wir Sie und Ihre Ordensschwestern sowie alle erwachsenen Söhne und Töchter, insbesondere auch die Ordensschwestern verstorbener Brüder ordensbrüderlich ergebenst einladen. Auch die Einführung von Gästen, die unseren Bestrebungen ernstes Interesse entgegenbringen, ist gestattet. Nach einem Festkonvent findet ein Tafelkonvent statt. Das trockene Gedeck kostet 1,60 RM. Eintragung in die Teilnehmerliste, die beim Kastellan aufliegt, wird dringend bis zum 21. März erbeten und ist verbindlich.

Mit deutschem Ordensgruß

Nationaler christl. Orden „Friedrich der Große"
Ortsgruppe Alte Linde
Strack
Ordens-Obermeister

Anzug: Frack

Das Naziblatt fügt hinzu:

„Diese Einladungskarte wurde uns mit folgender Randbemerkung zwecks Veröffentlichung übersandt: „Soweit wir unterrichtet sind, hat man doch im nationalsozialistischen Deutschland die Freimaurerlogen aufgelöst. Um welchen Geheimbund handelt es sich denn im vorliegenden Falle? Es wäre vielleicht angebracht, am Samstagabend vor der Loge in der Viktoriastraße 9 Beobachtungsposten aufzustellen, um die bekannten Freimaurer in Frack, Zylinder und weißer Binde mit alter Frische zu begrüßen!"

Das heißt auf gut Deutsch natürlich: Haut sie durch! Es ist ihre einzige Waffe gegen den heimlichen, aber wachsenden Widerstand im deutschen Bürgertum, dem allmählich die Augen über die Riesendummheit vom 30. Januar 1933 aufgehen.

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Den Pariser Pressefotografen wurde der Zutritt zum Justizpalast verboten, offenbar, weil die Zeugen sich durch die vielen Presse-Aufnahmen behindert fühlten.

•

M. Gaston Doumergue, der französische Ministerpräsident, hat nach seiner Osterreise eine Wohnung im ersten Stockwerk 43, avenue Foch bezogen, die ihm und seiner Gattin von einer Freundin angeboten wurde. Die eigene Wohnung des Staatsmannes in der avenue de Wagram ist vermietet. Im Erdgeschoß seiner jetzigen Unterkunft befindet sich die belgische Gesandtschaft.

•

In der Comédie Francaise feierte der Theaterdiener Emile Girard, eine bekannte Erscheinung im Hause Molières, unter großen Ehren sein 25jähriges Dienstjubiläum.

•

Am Samstag wird im Ausstellungspark an der Porte de Versailles eine internationale Hundeausstellung eröffnet. Hier zeigt man u. a. „affenpinschers" und „schnauzers", Hunde, die auch im Französischen deutsche Namen führen.

•

Auf der Butte Montmartre beginnt am 15. April eine Woche für die Alten, bei der Mme. Duchoiselle unter den weißen Türmchen Papptüten voll „frites" und Kannen Bieres gratis austeilen wird. Dieser Akt vollzieht sich 15 Uhr in der rue Bachelet. Am 16. ist Preisverteilung an Kinder der Butte. Am 17. wird an 250 Alte Kaffee, pot-au-feu, Zucker, Fleischwurst, Gemüse und Brot ausgegeben. Am 19. ist Circusbesuch, am 20. Ueberreichung von Sparkassenbüchern. Die Veranstaltung geht von der Semaine de Bonté aus.

Schmuggel aus dem Saargebiet

Aus Meaux (Seine-et-Marne) wird gemeldet, daß auf dem in der Nähe befindlichen Bahnhof Ferté-sur-Jouarre zwei Schmuggler verhaftet wurden, als sie eine aus Saarbrücken stammende Kiste im Gewichte von 96 Kilogramm in Empfang nehmen wollten. Als Absender der Kiste war angegeben: Hans, Marktplatz, Saarbrücken, und als Empfänger: M. Nicolas Primeau, Elektrotechniker in Jaignes, (Seine-et-Marne). Als Inhalt waren elektrische Apparate bezeichnet.

Die Kiste wurde geöffnet und enthielt 500 Schachteln Zigaretten und 550 Päcklein Tabak. Die beiden, die die Ware in Empfang nehmen wollten, wurden verhaftet. Es sind Paul Gilardy, ein einundzwanzigjähriger Koch aus der rue du Temple in Paris, und Armand Fay-Jacquiet, ein 28jähriger Elektrotechniker in Tantin, rue Lépine. Der Wagen der beiden wurde beschlagnahmt. Schon vor einigen Monaten wurde eine ähnliche Kiste auf dem gleichen Bahnhof beschlagnahmt, aber damals konnten die Schmuggler im Auto fliehen.

Association des juristes allemands emigres

Die Geschäftsstelle der Vereinigung ist von 27, rue Jean Dolent nach 8, rue Richelieu, Paris Ier (métro Palais Royal) Bureau Dr. F. Hirschler verlegt worden.

Anfragen können nur bei Einsendung des Rückportos beantwortet werden.

Die Beute beim Bischof von Versailles

Beim Bischof von Versailles, bei dem eingebrochen wurde, erbeuteten die Diebe, die mit Nachschlüsseln in die Wohnung des Msgr. Roland-Gosselin eingedrungen waren, ohne daß dieser aus dem Schlaf erwachte, folgende Gegenstände: Ein Dutzend silberne Bestecks, einen Fotoapparat, einige Wäschestücke, mehrere kostbar gebundene Bücher und zehn „carnets" Briefmarken (ein „carnet" besteht bekanntlich aus je zehn Marken und kann in den Tabakläden gekauft werden). Außerdem wurden bei einem Bäckermeister Ostereier und Aprilfische nebst 375 Franken gestohlen.

Jetzt weiß man also ungefähr, was man bei einem Bischof stehlen kann —.

Die meisten Ausländer in Frankreich

Die Ausländer sind bekanntlich überall in Frankreich zahlreich, aber am meisten gibt es, wie gemeldet wird, in der kleinen Gemeinde Chalette-en-Gatinais, die in der Nähe von Montargis liegt. Montargis ist die Hauptstadt des Loiret, des Departements, das südlich des Pariser Landkreises Seine-et-Oise sich ausbreitet. In dem genannten kleinen Ort gibt es 5500 Einwohner und davon 2796 Ausländer, also die Mehrheit. Die Ausländer setzen sich folgendermaßen zusammen: 1112 Polen, 918 Russen, 396 Tschechoslowaken, ferner eine ganze Reihe Angehörige anderer Staaten — und 1 Oesterreicher, 3 Schweizer und 6 Deutsche, im ganzen ein Sammelsurium von 22 Ländern.

Vater Rabelais in einem Band

Der „Gargantua" und der „Pantagruel", das Evangelium des französischen Humors und Freimuts, dieses wunderbare Freß-, Liebe- und Abenteuerlied der Menschlichkeit, das der große Arzt und Priester von Chinon im 16. Jahrhundert schrieb, ist in einem einzigen Bande von Jacques Boulenger in der Bibliothèque de la Pléiade herausgegeben worden, dazu auch das dritte und das vierte und das fünfte Buch, dessen Authenzität der Verfasser durch Vergleiche u. a. mit dem Manuskript der französischen Staatsbibliothek untersucht. Die Ausgabe, die auch noch eine Reihe sonstiger pantagruelischer Schriften umfaßt, ist kritisch kommentiert. In der Vorrede setzt der Herausgeber auseinander, warum Vater Rabelais aus dem kleinen Seeteufel Pantagruel einen Riesen machte, gleich dessen Vater, dem dicken Gargantua.

„Nur einer sitzt und hat das Prae — der alte Doktor Rabelais", sang einst der „Simplicissimus" vor der Gleichschaltung. Mögen viele Deutsche dieses Buch lesen!

Die Frauen des Villon

Charles Kunstler hat ein Buch „Les Amours de François Villon" geschrieben, das in der Nouvelle Société d'Edition erschien. Dieses Buch dürfte im deutschen Publikum besonders interessieren, da Villon, der berühmte Dichter und Strauchdieb des Mittelalters, ja in Deutschland besonders bekannt ist. Wie man weiß, ist Kunstler auch der Verfasser der Chansons der „Dreigroschenoper", dessen Namen Brecht zunächst ausgelassen hatte.

Tel. Trinité 43-13 Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten. Innere Medizin, Augen-, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Röntgen, Diathermie, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Blut-, Harn- u. Geschlechtskrankheiten

b) Chirurgie Zweistöckiges Sanatoriumsgebäude. Kleine, mittlere und große Chirurgie. Die allermodernste Einrichtung

c) Geburtshilfliche Klinik Vierstöckiges Gebäude. Zimmer mit 1 bis 4 Betten, 3 Aerzte, 3 Hebammen und 2 Operationssäle.

d) Zahnärztliches Kabinett Zahn- und Mundchirurgie. Gold- und Porzellankronen. Brücken Kautschuk-Arbeiten

Ordination täglich von 9—12 und 2—8; Sonntags und Feiertags von 10—12 und 2—4 Uhr

104

LEHM kauft schöne **JUWELEN**

Diamanten — Perlen — Silber — Gold

VERKAUF:

Paris — 43, rue Lafayette — Expertise

SEROKLINIK VON PARIS

71, Boulevard de Clichy - Metro Blanche

Harnleiden, chronischer und frischer Tripper, Milzträgheit, Cystitis, Prostata, FRAUENLEIDEN Blutkrankheiten, Venenentzündung, Hämorrhoiden, Syphilis, Haut- und Kopfhauterkrankungen Ausschlag, Psoriasis. — Neue Behandlungsmethode auf elektrischem Wege und durch ultraviolette Strahlen, Serotherapie und Auto-Hemo-Therapie — Mässiges Honorar. Konsultationen von 9—12 und 14—20 Uhr. Sonntags von 9—12 Uhr.

Das Neueste

Am Mittwochabend verübte das Ehepaar Schleicher aus Schlich Selbstmord, indem es sich bei der Station Langerwehe bei Aachen vor einen aus Aachen kommenden Personenzug warf. Ueber den Beweggrund der Tat war bisher nichts in Erfahrung zu bringen.

Am Mittwoch hat die feierliche Unterzeichnung der Protokolle über die Verlängerung der Nichtangriffs- und Schlichtungspakte zwischen Sowjetrußland und Estland, Lettland und Litauen auf 10 Jahre stattgefunden. In einer Rede erklärte Außenkommissar Litwinow, der Rätestaat habe eine Revision der bestehenden Verträge nie verlangt und beabsichtige es auch nicht zu tun.

In Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage teilt das französische Finanzministerium mit, daß sich die Inlandschulden des Staates am 1. Oktober 1933 auf insgesamt 302 405 000 000 Franken beliefen, die sich im einzelnen wie folgt zusammensetzen: Unveränderliche Schuldverpflichtungen 52 145 000 000, kündbare Schulden 169 179 000 000, mittel- und kurzfristige Schulden 19 004 000 000, schwebende Schulden 54 279 000 000, Schulden der Postverwaltung 7 798 000 000. Die Auslandhandelsschulden Frankreichs werden für den Stichtag des 1. Oktober 1933 mit 4 139 000 000 Franken angegeben, gegenüber 4 368 000 000 am 31. März 1932.

Zwischen Italien und der Türkei ist ein Handelsvertrag abgeschlossen worden, der am Mittwoch in Ankara unterzeichnet wurde.

Der französische Ministerrat hat 14 Verordnungen beraten, die Einsparungen in Höhe von rund 450 Millionen RM. ergeben sollen.

Die Zahl der englischen Arbeitslosen belief sich am 19. März auf rund 2,2 Millionen. Dies stellt gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 575 000 dar.

Das britische Schatzamt gibt die Ausgabe einer 3prozentigen Anleihe in Höhe von 150 Millionen Pfund Sterling bekannt, die zu 98 Prozent ausgegeben wird und von 1958 bis 1969 rückzahlbar ist.

Die anhaltenden Regengüsse haben in den Vereinigten Staaten weitere Opfer gefordert. Wie aus Elk gemeldet wird, sind dort 23 Weiße und sieben Indianerfamilien in den Fluten eines über die Ufer getretenen Flusses umgekommen.

Spanien

Rechtsangelegenheiten jeder Art, Niederlassungs-Bewilligung, Gründung von Gesellschaften, Wirtschaftliche Beratung, Nachweis von Existenz- und Fabrikat. Möglichk. usw. durch spanischen und deutschen Anwalt

Einbürgerungen (kurzfristig)

Anfragen mit Postschein an:

Despacho Juridico Internacional

Plaça Macia, II, BARCELONA

Tierversuche mit Mineralwässern an französischen Hochschulen

Daß Tiere zu klinischen Versuchen von der Wissenschaft benutzt werden, ist eine Selbstverständlichkeit geworden. Aber daß man an Organen von Hunden, Katzen oder Kaninchen die Einwirkung bestimmter Heilquellen wissenschaftlich genau feststellt, diese Neuerung wird zum ersten Male an den französischen Universitäten für Balneologie zur Zeit durchgeführt.

Die Tierversuche haben bereits die Aufmerksamkeit ausländischer Forscher, besonders der Bäderwissenschaftler, erregt, und vor kurzem hat der Prager Universitätsprofessor Vladimir Kucera an Tieren des Pariser „Instituts d'hydrologie" der Sorbonne tschechische Mineralwässer, die er in Flaschen mitbrachte, nach den Methoden dieses Instituts genau untersucht. Die Versuche gehen so vor sich, daß die Bewegungen eines kleinen Organstückes des Versuchstieres von der Nadel eines Myografs auf einen sich drehenden Zylinder übertragen werden. Der Lösung, in der das Organ aufgehängt ist, wird zuerst ein pharmazeutisches Präparat zugeführt und danach schüttet man in die Lösung eine bestimmte Dosis des Mineralwassers, dessen Wirkungen studiert werden sollen. Die Kurve auf dem Zylinder zeigt deutlich die Veränderungen an, die das Präparat auf die Organbewegung ausübt, und die weiteren Veränderungen durch das Wasser der Heilquelle.

Derartige Experimente an Tierorganen lassen — nach Ansicht der französischen Balneologen — bestimmte Schlüsse über die Wirkung eines Mineralwassers auch auf den Menschen zu. Die französischen Universitätsinstitute für Hydrologie und Klimatologie haben sich die Arbeit insoweit aufgeteilt, daß jede Universität insbesondere die ihr nächstgelegenen Bäder wissenschaftlich betreut, also z. B. Toulouse die große Zahl der berühmten Pyrenäen-Bäder, Lyon die Bäder des Zentralmassivs und der Vogesen, usw. Frankreich ist zur Zeit das einzige Land der Welt, das an allen seinen medizinischen Fakultäten eigene Lehrstühle für die Wissenschaft der Heilquellen und des Klimas besitzt; jeder Medizinstudent wird auch in diesem Fach geprüft. Der Staat fördert auch mit erheblichen Mitteln den Ausbau der Heilbäder.

BRIEFKASTEN

Reisender vom Niederrhein. Sie übersenden uns Kölner Lokalblätter mit einer Bekanntmachung des Regierungspräsidenten: „Wahner Heide gesperrt! Wichtige Maßnahme des Regierungspräsidenten. Ein gefährliches Erbe der Besetzungstruppen: Sprengkörper und chemische Füllstoffe. § 1. Das Betreten des Polizeiübungsplatzes Wahn ist unbefugten verboten. Die Befugnis erteilt nur die Kommandantur."

Die „Wahner Heide" war einst ein großer Artillerieschießplatz. Seit fast einem Jahrzehnt ist er von den Besatzungstruppen geräumt. Nie hat man von „Sprengkörpern und chemischen Füllstoffen gehört, die dort noch vorhanden sein sollen. Auf einmal wird der ehemalige Schießplatz gesperrt! Es scheint ein triftiger Grund vorzuliegen, Zivilisten von der Wahner Heide fernzuhalten.

K. Myer, Neuyork. Geld kommt regelmäßig an. Besten Dank und Gruß!

Gracchus. Sie und einige andere Freunde haben uns Zuschriften übermittelt, in denen Sie sehr energisch ihre Zweifel an der Richtigkeit der Behauptungen über Karl Severing äußerten und vor den Erfindungen des preußischen Propagandaministeriums warnten. Wir sind nicht sicher, ob die elende Propaganda-Idee diesmal von den Nationalsozialisten kam. Möglich ist auch, daß haßerfüllte fanatische Gegner der Sozialdemokratie aus anderer Richtung diese Riesensensation in die Welt setzten. Auch in diesem Sinne würde Ihre Bemerkung zutreffen: „In der Tat, die Nachrichten über die Felonie deutscher Sozialisten in führender Stellung würden sehr gut in dieses System hineinpassen."

Aus dem „Westland", der in Saarbrücken erscheinenden antifaschistischen Wochenschrift, war die Uebersetzung amerikanischer Versammlungsberichte „Gericht über Hitler!" entnommen, die wir vorgestern veröffentlicht haben. Die Zeile, die den Quellenhinweis enthielt, war beim Umbruch leider fortgefallen.

Pirmasens. Euer Bürgermeister Dr. Ramm hat sich, laut Zeitungsberichten, selbst als den tüchtigsten der Gemeinde bezeichnet. Wie tüchtig er ist, zeigen folgende Abschnitte aus euerm Stadtratsbericht:

„Der Beschluß, wonach das Pfründnerheim am 1. April aufgehoben wird, wird dahin abgeändert, daß die Aufhebung schon am 15. März erfolgt. Die Pfründner werden im protestantischen Waisenhaus untergebracht.

Nach einem Erlaß des Bayerischen Kultusministeriums ist **jedem Schulkinde bei der Entlassung ein Lebensbild des Führers zu überreichen.** Die Stadt benötigt 795 Bilder. Der erforderliche Betrag wird genehmigt."

So wird an den Invaliden gespart, um den Kindern ein Kitschbild von Hitler zu geben.

K. K., Neuyork. Alles angekommen. Besten Dank. Wird sinngemäß verwandt. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns gelegentlich wieder einmal ausführlich schreiben würden.

Graubünden. Unsere Briefkastennotiz hat den erwünschten Erfolg gehabt. Wir erfahren authentisch, daß sich der kommunistische Schriftsteller Wittfogel, der lange in Gefangenschaft und im Konzentrationslager war, wohlbehalten in London befindet.

Utrecht. Sie zweifeln daran, daß Hans Friedrich Blunck, der Präsident der Reichsschrifttkammer, früher auf gut brüderlichem Fuße mit den maßgebenden sozialdemokratischen Dezernenten der Hamburger Regierung stand? Wir haben die Beweise dafür. Immer, wenn wir heute seine festlichen Bekenntnisse zu Hitlerdeutschland lesen, denken wir an eins der letzten Gespräche, das wir mit ihm führten. Damals war er ganz Weimaraner und Republikaner — selbstverständlich aus Ueberzeugung! In einem Osteraufsatz sagt er heute: „Nationalsozialismus heißt politische Gemeinschaft des Volkslebens und des Lebens unter einer im Volk ruhenden Führerschicht. Wenn der Vergangenheit solche priesterlichen Führer fehlten, so brauchen die heutigen deshalb keine Pfarrer zu sein. Wenn sie nur Held und Geist sind, die vom Auftrag der Allmacht wissen!" Held und Geist: Das ist eine gute Charakteristik des Präsidenten der Reichsschrifttumskammer. Immer wieder liest man bei ihm von „Wende", „Wandlung" und „Bewegung". Wahrhaftig, er ist berufen, der „Erde ein Neues vorzuleben" — wie er wörtlich schreibt.

Alsfeld N. N. Ihre Mitteilung ist zutreffend. Auf einer öffentlichen Kundgebung in Hamburg-Barmbeck erklärte der Staatssekretär Ahrens: „Wir werden am 1. April dieses Jahres einen erheblichen Teil des gesamten Beamtenapparates abbauen, weil wir wissen, daß außergewöhnliche Zeiten außergewöhnliche Maßnahmen fordern." Der Abbau steht im Zusammenhang mit der Unterbringung einer großen Anzahl von Nazifunktionären in Beamtenstellen. Ein großer Teil der Beamten an der Saar haben es eilig, der Nazi-Parteibuchwirtschaft auch im Saargebiet alle Möglichkeiten zu öffnen.

Patent für Konzentrationslager. Mit nicht geringer Genugtuung teilt die nationalsozialistische Presse mit: „Der „Schmerzmesser". Diese Erfindung des Budapester Arztes Dr. Roland Gluzek soll das Ende aller Simulanten herbeiführen. Der Arzt war bisher häufig irregeführt und in seiner Behandlungsweise gehemmt durch die unkontrollierbaren Schmerzäußerungen des Patienten. Der Apparat des Dr. Gluzek will aber imstande sein, die wahre Intensität einer Schmerzempfindung nach Gramm und Kilogramm anzuzeigen. Die der Medizin bekannten Schmerzen sollen sich auf ein Bereich zwischen 500 und 2500 Gramm erstrecken. Der Arzt wird also in Zukunft feststellen können, ob man für 1500 Gramm oder nur für 500 Gramm Zahnweh hat . . ." — Die Lagerkommandanten der deutschen Konzentrationslager sind, wie wir hören, mit dem Budapester Arzt (ist er reinrassig?) bereits in Verbindung getreten. Sie können mit diesem Apparat Prügel und Schmerzen besser dosieren.

„Kraft durch Freude". Als deutscher Betriebsarbeiter teilen Sie uns mit: „Neulich wurde bei uns ein ausländischer Journalist zur Besichtigung durch den Betrieb geführt. Als sich der Nazi-Zellenobmann einen Augenblick entfernte, fragte uns der Ausländer über die wahre Stimmung der Arbeiter. Einer von uns antwortete ihm: „Gehen Sie mal allein durch den Betrieb und sagen Sie irgendwo „Heil Hitler!" Ich garantiere Ihnen, es fliegt Ihnen ein Hammer ins Kreuz."

Hilde G. Allein in Berlin sind 19 300 Mädchen unterzubringen, die Ostern aus der Schule entlassen wurden und bisher keine Stelle nachgewiesen erhalten konnten.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pitz in Dudweiler; für Inserate: Otto Kuhn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH., Saarbrücken 3, Schützenstraße 5. — Schließfach 776 Saarbrücken.